

Bezugspreis:

Dem 20. Dezt. 1923 bis 31. Januar 1924 1 Bllt. oder 1 Goldmark ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Zeit und Zeit“ u. „Erlaubung und Kleingarten“ ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonntag, den 29. Dezember 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Emminger fabriziert Fischenbach-Prozesse

Frankfurt a. M., 28. Dezember (WFB.). Wie die „Volksstimme“ meldet, hat der Oberreichsanwalt gegen den Redakteur der „Volksstimme“ Quint auf Antrag der bayerischen Regierung ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet.

Man fragt sich an den Kopf und fragt sich: Ist Deutschland wirklich so schnell und so tief gesunken? Ist es denn möglich, daß der Rahr-bayerische Staatsanwalt Emminger, den eine mühsam zusammengebaute parlamentarische Konstellation zum Reichsjustizminister gemacht hat, binnen wenigen Wochen die höchste Justizstelle des Reiches dermaßen mit seinem Geiste durchsetzt hat, daß sich sogar der Oberreichsanwalt zu einer Handlung hergibt, die jedem Rechtsgefühl Hohn spricht?

Aus dem Wolff-Telegramm geht zwar nicht mit absoluter Bestimmtheit hervor, auf welchen Artikel unseres Frankfurter Parteiblattes sich das sogenannte Landesverratsverfahren bezieht, das der Oberreichsanwalt jetzt eingeleitet hat. Aber eine große Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es sich um die Veröffentlichung von Enthüllungen über bewaffnete Putschvorbereitungen der bayerischen Rechtsradikalen im Aschaffenburg-Bezirk handelt.

Bisher hieß es aber, das Reich könne gegen diese und ähnliche Rechtspraktiken nichts tun, weil ihm angeblich die Macht dazu fehle und weil eine Wiederherstellung des ständig gebrochenen Rechts, der hundertfach verletzten Reichsverfassung nur auf dem Wege des offenen, vielleicht bewaffneten Konfliktes mit Bayern möglich sei. Jetzt aber, nachdem diese falsche Behauptung, die zugleich eine Würdelosigkeit sondergleichen darstellt, zum Gemeingut der bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstages geworden ist, und in der Ernennung des Emminger zum sogenannten Reichsjustizminister eine geradezu symbolische Sanktionierung gefunden hat, gibt sich der Oberreichsanwalt dazu her, auf Antrag der verfassungsbrechenden bayerischen Regierung Landesverratsverfahren auch gegen solche Blätter zu eröffnen, die der Arm der weißblauen Schandjustiz bisher nicht erreichen konnte.

Es ist allerdings richtig, daß die Oberreichsanwaltschaft nicht die Ankunft eines parteipolitisch fanatisierten bayerischen Staatsanwalts abgewartet hat, um den geradezu ungeheuerlichen Standpunkt einzunehmen, daß Veröffentlichungen über geheime Rüstungen der Reaktion als Landesverrat anzusehen seien, wenn dabei zugleich ein Wissen und Dulden durch Behörden behauptet, als eine Verletzung der Entlassungsbestimmungen des Versailles-Vertrages damit zur Kenntnis der Entente gebracht werde.

festzuhalten, doch konnte man aus ihm eine Art kompromittierten Rückzug von einer Jurisprudenz herauslesen, die letzten Endes einen Freibrief für Putschisten und eine permanente Justizhausdröhung für verfassungstreue Redakteure bedeuten hätte. Aber die neue Anklage gegen den Genossen Quint zeigt, daß unter dem Emminger diese bayerische Theorie wieder zum dauernden Grundsatz der höchsten deutschen Justizbehörde werden soll. So droht die Fischenbach-Schmach über ganz Deutschland ausgedehnt zu werden.

Jetzt versteht man auf einmal das rätselhafte Bedürfnis des Reichsjustizministeriums, das Reichsgericht zu entlasten, weil 1200 Landesverratsprozesse, von denen man bislang nichts gehört hatte, dort anhängig seien. Also sind es Prozesse dieser Art, die jetzt massenhaft eingeleitet werden sollen, wahrscheinlich zum Teil auf Antrag der bayerischen Regierung oder vielleicht auch des Reichswehrministeriums? Oder ist es etwa nicht die Lösung des Rätsels? Dann möge man unerschrocken mitteilen, welche Art von Landesverratsprozessen — 1200 an der Zahl! — das Reichsgericht beschäftigen!

Bei dieser Gelegenheit muß aber auch eine andere Reihe von Fragen aufgeworfen werden:

Was hat der Herr Oberreichsanwalt getan gegen die zahlreichen Verfassungsbrüche, die seit dem 28. September, also seit der Verhängung des Reichsausnahmestandes, durch die der bayerische Ausnahmezustand außer Kraft gesetzt wurde, von dem Generalstaatskommissar v. Rahr begangen wurden?

Was hat der Herr Oberreichsanwalt getan gegen die eigenmächtig und widerrechtlich verhängte Außerkräftsetzung des Republiksschutzgesetzes in Bayern?

Was hat der Herr Oberreichsanwalt getan gegen jene bayerischen Behörden — und dazu gehört in erster Linie Rahr selber —, die den festbrieflich verfolgten Kapitan Ehrhardt öffentlich in München auftreten ließen und empfangen?

Was hat der Herr Oberreichsanwalt getan, um selber den Münchener Novemberputsch als Hoch- und Landesverrat zu verfolgen, wofür er nicht nur zuständig, sondern wozu er sogar verpflichtet war?

Was hat der Herr Oberreichsanwalt getan, um den schamlosen Vertuschungs- und Schiebungsversuch zu verhindern, der sich vor aller Welt durch vollzieht, daß Bayern erkläre, es würde eine Untersuchung dieses Putsches durch die Oberreichsanwaltschaft nicht zulassen?

Was hat der Herr Oberreichsanwalt getan, um die Verdunkelung dieses Verbrechens zu verhindern, die durch die Befassung von Rahr, Löffow, Selzer, Ehrhardt, Lubendorf und anderer auf freiem Fuße unvermeidlich ist?

Kann der Herr Oberreichsanwalt mit gutem Gewissen behaupten, daß er in allen diesen Dingen seine volle Pflicht erfüllt hat? Oder ist er an der Ausübung dieser Pflicht als politischer Beamter durch eine vorgelegte Stelle gehindert worden? Und wenn ja, wer ist diese Stelle? Ist das Gewissen des Herrn Oberreichsanwalts erst durch die Ausnahmeverordnung entlastet worden, die angeblich nur dem Zwecke diene, das Reichsgericht zu entlasten? Solange nicht auf diese klaren Fragen klare Antworten erteilt sind, wird man sich des Eindruckes nicht erwehren können, daß jene Ausnahmeverordnung unter anderen Zwecken ein doppeltes Ziel verfolgte: einmal die Bahn freizumachen für eine Wajwarisierung der gesamten deutschen politisch-Justiz, für eine Massenaufgabe des Fischenbach-Prozesses in ganz Deutschland, und außerdem dem Oberreichsanwalt nachträglich die rechtliche Möglichkeit zu geben, sich um die Münchener Justizkommission weiter zu kümmern, die das November-Verbrechen der Rahr, Löffow, Hitler und Lubendorf vertuschen soll.

Bereits aus Anlaß des Fischenbach-Urteils wurde im vergangenen Sommer im Reichstag einmal von sozialdemokratischer Seite die Parallele mit dem damals gerade bekannt gewordenen Krupp-Urteil gezogen und bei dieser Gelegenheit angedeutet, daß man zwar eine Freilassung der Opfer des französischen Kriegsgerichtes über kurz oder lang erhoffen dürfe, daß aber angeht die in Bayern herrschenden Geistesverfassungen man nicht einmal eine solche Hoffnung bezüglich der Opfer des Volksgerichtes hegen könne. Gegen diesen Vergleich wurde damals von bayerischer Seite auf das bestigste protestiert. Aber die Ergebnisse haben diese Prophezeiung nur allzusehr verwirklicht: Krupp und seine

Direktoren befinden sich schon längst auf freiem Fuß, Fischenbach sitzt noch immer im Justizhaus, obwohl sich der Reichstag fast einmütig gegen das an ihm verübte Justizverbrechen ausgesprochen hat. Zu den wenigen unerschrockenen Ausnahmen, die den traurigen Mut fanden, das Fischenbach-Urteil zu rechtfertigen, ja zu loben, gehörte natürlich der Emminger.

Heute ist dieser Mann Justizminister des Deutschen Reiches. In allen deutschen Gauen breitet sich eine neue berechtigete Welle der Empörung gegen das neue französische Justizverbrechen von Düsseldorf aus. Aber nur diejenigen sind befugt, sich über Tendenzurteile französischer Kriegsgerichte zu entrüsten und an das Weltgewissen zu appellieren, die den Mut aufbringen, Justizverbrechen zu brandmarken, die im eigenen Lande verübt wurden oder vorbereitet werden. Was sich aber gegenwärtig noch weniger Wochen Emmingerei auf dem Gebiet des deutschen Justizwesens abspielt, ist so unerhört, daß die gesamte zivilisierte Welt auf unser Volk mit Ekel und Verachtung hinweisen wird, wenn es sich das länger gefallen läßt. Wir appellieren deshalb zunächst an den Reichskanzler Dr. Marx, der selber hoher Justizbeamter ist, wir appellieren ferner an alle nicht von Parteihäuf verblendeten Mitglieder sämtlicher bürgerlichen Parteien, die loben noch im Rechtsaustausch bei Gelegenheit der sozialdemokratischen Anträge bewiesen haben, daß das Rechtsgefühl in unserem Volke noch nicht verkommen ist, noch nicht erloschen ist. Und wir rufen sie auf, unerschrocken der marokkanischen Katastrophe entgegenzutreten, die sich auf dem Gebiet der deutschen Justiz vorbereitet.

Verhaftet unser Ruf ungehört, dann werden wir an das Volk selbst bei den kommenden Wahlen appellieren, wir werden ihm die Bilanz jener politischen Justizschönungsmaßnahmen, die sich anständig Deutschlands Namen mit 1200 Drenfus-Affären zu beileiden!

Aus Emmingers Heimat.

Prozeß gegen die sozialistische Sicherheitswehr.

München, 28. Dezember. (Eigent. Drahtbericht.) Am Donnerstagvormittag begann der Landrechtsbruchprozeß gegen 16 Genossen unserer ehemaligen SW, wegen des Belommentages mit einer schmerzbewaffneten Abteilung des Bundes „Oberland“. Rahr der Anklagebehörde handelt es sich um einen planmäßigen Feuerüberfall von SW-Mannschaften auf Oberlandleute, die zu einer „Wanderübung“ nicht fahren konnten, weil diese amtlich nicht genehmigt worden war. Als „Räufelührer“ steht in erster Linie Genosse Luch unter Anklage, der seit vielen Jahren ein treues Mitglied unserer Partei ist und allgemein als braver und aufständiger Mensch gilt. Als weiteren Ankläger beschuldigt die Anklage den Genossen Kleuser. Der Beschuldigte der ehemaligen SW, Genosse Buisson, der wegen dieser Angelegenheit wochenlang in Haft war, ist wegen Beurlaubung angeklagt.

Die Verhandlung leitet der Obergerichtsrat Leindeder, unter dessen Führung auch der Beihemerord im „Blücherbund“ verhandelt wurde. Die Anklage vertritt der Staatsanwalt Wintersberger, der als Angehöriger der politischen Abteilung der Münchener Stadtkommandantur im Jahre 1919/20 zu den Stützen des Systems Ruch-Pöchner zählte. Die Verteidigung liegt in den Händen unserer Genossen Dr. Hirschberg und Ruchbaum.

Die Anklagen bestritten, zuerst geschossen zu haben. Sie hätten die Absicht gehabt, die Oberlandleute nur zu beobachten, nachdem von diesen ein

Ueberfall auf das Vereinslokal der SW zu befürchten war, was damals schon mehrmals vorgekommen war. Weiterhin wollten sie dann die Oberländer von der geplanten Streifexpedition gegen die Bergarbeiter in Kofel abhalten. Bereits gestern wurde festgestellt und vom Anklagevertreter zugegeben, daß im Laufe des Feuergefechts die Oberlandleute sich schwere Justizverletzungen gegen die unbeteiligten Bevölkerung haben zuzuschreiben kommen lassen.

Im Verlauf der Freiloosverhandlung waren die Aussagen verschiedener Zeugen von besonderer Bedeutung, die die „antimilitarische“ Konstitution des Staatsanwalts ins rechte Licht setzten. Der Zeugin Gold, die Frau eines „Oberland“-Bergarbeiters, sagte aus, daß sie in ihrer Wohnung eine Unterredung zwischen Oberlandführern und ihrem Mann mitangehört habe, in der ausdrücklich

als Zweck der „Wanderübung“ angegeben war, die Rolen und Kommunisten im Bergwerkrevier Penzberg aus der Baustelle des Waldschneckenwerkes in Kofel auszutreiben.

Als Grund, warum die Expedition schließlich unterblieben sei, gibt die Zeugin an, daß nach Bekanntwerden dieses Planes Hundertschaften der grünen Polizei noch Kofel hinausgeschickt waren, mit denen man einen Zusammenstoß vermeiden wollte. Daß die Oberländer zu ihrer Wanderübung schmerzbewaffnet antraten, befähigt die Zeugin mit der Angabe, daß sie selbst ihrem Mann

den Karabiner eingepackt an die Bahn brachte mußte. Uebrigens seien in ihrer Wohnung auch noch weitere Waffen gesammelt gewesen. Diese Aussagen der Zeugin

waren dem Staatsanwalt sichtlich unangenehm. Er wurde so nervös, daß er die Zeugin immer wieder darauf hinwies, sie könne die Aussage im Interesse ihres Mannes verweigern. Bei dieser Gelegenheit stellte sich auch heraus, daß die größte Anzahl der Oberland-Angehörigen von der Polizeidirektion München ausgestellte Waffenscheine besaßen.

Der von der Verteidigung geladene Zeuge Genosse Auer verbreitete sich eingehend über die Einführung der SA. Den eigentlichen Anlaß zur Gründung habe

#### Der Besuch des Reichspräsidenten in München

gegeben. Angesichts der Drohung der Hitlerleute habe er damals erklärt, wenn die Landesregierung den Reichspräsidenten in München nicht zu schützen in der Lage sei, dann übernehme die Sozialdemokratie den Schutz. Er habe dann auch eine Organisation innerhalb der Betriebe durchgeführt, so daß am Besuchstage Eberts rund 5000 Mann bereitstanden. Da um jene Zeit der nationalsozialistische Terror immer stärker wurde, ohne daß die Regierung dagegen einschritt, sei ihm der Gedanke gekommen, die provisorische Sicherheitswehr der Arbeiterschaft zu einer dauernden zu machen. So wurde die SA gegründet. Die Auswahl sei mit großer Sorgfalt vorgenommen worden. Der Zusatz zur SA sei über alles Erwarten groß gewesen. Genosse Auer gab ohne weiteres zu, daß derartige Organisationen an sich bedenklich seien, aber es habe ihm damals angesichts der

#### Pollisierung der Münchener Polizei unter Pochner

kein anderes Mittel zur Verfügung gestanden. Die SA sei eine reine Abwehrorganisation gewesen. Die Waffen, über die sie verfügte, waren in der „Münchener Post“ eingeschlossen und ausschließlich für die Verteidigung des Eigentums der Arbeiterschaft bereitgestellt. „Ueber diese Waffen habe ich einmal“ — so sagte Genosse Auer wörtlich — „mit einem bayerischen Staatsmann geredet (Innenminister Dr. Schwepfer? D. Red.) und ihm gesagt, daß wir unser Haus mit Waffengewalt gegen die rechtsradikalen Nihilisten verteidigen werden. Die Antwort lautete: „Wenn Ihr Eigentum innerhalb des Hauses beschützt wird und kann niemand etwas dagegen haben!“ Genosse Auer gab ferner an, daß er einmal mit den Spitzen der Reichswehr in München Besprechungen aufgenommen habe, um von diesen Kasernen und Erziehungsinstituten für die Jungmannschaften der SA zu erhalten, damit die körperliche Erziehung der SA-Jugend auch unter den Augen der Behörden vorgenommen werden könnte. Die Verhandlungen standen damals kurz vor dem Abschluß, als Dinge dazwischenkamen, über die später noch zu reden sein wird. Der Nachmittag war mit den Plädoyers ausgefüllt. Der

#### Staatsanwalt schiedte seinen Anträgen eine politische Rede gegen die Sozialdemokratie voraus.

die sich durch eine geradezu erschreckende Unkenntnis der politischen Vorgänge auszeichnete. Es sei nur erwähnt, daß er nicht einmal unterscheiden konnte zwischen national und nationalsozialist! Seine Anträge lauteten gegen drei Angeklagte auf je ein Jahr sechs Monate, gegen einen Angeklagten auf ein Jahr und gegen sieben Angeklagte auf je sechs Monate Gefängnis, während er gegen fünf Angeklagte, darunter den Genossen Buison, wegen Beunruhigung je 200 Goldmark Geldstrafe beantragte.

Die Verteidigung legte besonderen Wert auf die durch die eblischen Zeugnisaussagen festgestellten Tatsachen, daß die Oberländer in schwerbewaffnetem Zustande tatsächlich eine Strafexpedition gegen die Raten in Regal geplant hatten, daß sie dann in bewußt provokatorischer Weise durch ein Arbeiterviertel Münchens marschierten, um die Raten herauszulockern und das eineinhalbstündige Feuergefecht nach dem unmittelbaren Zusammenstoß ausschließlich von den Oberländern unterhalten wurde. Bei einem gerechten Urteil müßte insbesondere berücksichtigt werden, was sich die rechtsradikalen Organisationen vor und nach diesem sogenannten Landfriedensbruch ungefühlt haben zuschulden kommen lassen. — Das Urteil wird am Sonnabend, normittag um 11 Uhr verkündet.

#### Der bayerische Föderalismus.

München, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerische Staatsregierung hat die Denkschrift über die überläufige Revision der Weimarer Verfassung fertig gestellt, die im Zusammenhang mit dem gleichgerichteten Vorstoß der Bayerischen Volkspartei im Reichstag seinerzeit angefündigt worden ist. Die Denkschrift wird voraussichtlich im Laufe des Sonnabends der Reichsregierung übermittleit werden.

## Der Brunnen der Gerechtigkeit.

Von Troll

Auf dem Römerberg zu Frankfurt steht mitten auf dem herrlichen Platz der Gerechtigkeitsbrunnen. Ein großes Becken umsäumt den Sockel, auf dem als Sinnbild der Gerechtigkeit eine Frauengestalt im kurzen, knielosen Platterock römischer Legionäre kriegerisch männlich sich posiert. In der hoch erhobenen linken Hand hält die symbolisierte Gerechtigkeit die Waage, deren beiden Schalen über Gut und Böse, auf schuldig oder unschuldig entscheiden sollen. In der Rechten schwingt sie zögerlich ein zweischneidiges Schwert. Um die Weihnachtszeit gruppieren sich um den Brunnen herum die kleinen Holzstuden mit den Bekuchenherzen und Zuckerstangen und Wagenbrot, mit den Hampelmännern und Puppenköpfen. Nun sind die Studen in den Abendstunden nicht mehr mit giftigen Haseln- oder blafenden Petroleumlampen erleuchtet. Elektrische Glühbirnen bestrahlen all die Kinderherrlichkeiten. Zu diesem Zwecke mußten elektrische Leitungen gelegt werden. Von Stube zu Stube.

Ein findiger Elektrotechniker benutzte die Gerechtigkeitsfrau als Leitungsträger. Um die hochgehobene Hand, die die schwankende Waage hält, hat er seine Drähte gelegt. Um dies besser bewerkstelligen zu können, nahm er ihr die Waage des Rechts aus der linken Hand. Nun werden die Schalen und das Züngeln der Gerechtigkeit in irgendeiner Häuserdecke unartig liegen. Das zum Schlag ausstolende Schwert in der Rechten ist gebrochen.

Böse Gedanken durchschwitzen meinen Schädel. Sie flüstern mir zu: „Du Elektrotechniker vom Weihnachtsmarkt bist doch ein ganz verflügelter Kerl. Bist ein Politiker, der die Zeichen seiner Lage erkennt. Dadurch, daß du der Dame aus Bronze da oben die Waage der Gerechtigkeit genommen, das Schwert aber gelassen, steht sie nun in ihrem römischen Kriegergewand da wie ein Symbol deutsch-republikanischer Militärdiktatur, Gut und Böse zu unterscheiden.“

„Schwert allein spricht Recht!“  
„Wage . . . Krämerspiel, Malto: Immer feste druff! Willst Du nicht mit uns hurra schreiben, schlagen wir Dir den Schädel ein. Wer nicht schreibt, wie wir wollen, wird verboten. Kasernenhof . . . einzig mögliche Erziehungsanstalt. Stundenlange Kniebeuge; mit Zahnbürste Fußboden schrubben, glänzende Erziehungsmethoden! Werden Kind schon schauteln! Baltisch . . . Taisache: Ach. Ersch!“

So sprach die „bedenlose“ Gerechtigkeitsjungfrau zu mir. Scharre es vorrussisch!  
Und ich sah noch im Scheine der ankommenden Glühbirnen der Bekuchenstuden, wie sie sich mit der linken Hand ein Monokel ins bronzene Auge quetschte.

## Die Aktion gegen Thüringen.

### Das Verschulden der bürgerlichen Parteien.

Die vorkommende „Zeit“ glaubt unsere Bedenken gegen die Form des Vorgehens der Reichsregierung in Thüringen mit einigen billigen Redensarten abtun zu können, indem sie schlechthin davon spricht, daß der „Mißwirtschaft ein Ende gemacht“ werden müsse. Die „Zeit“ übersieht dabei offensichtlich, daß wir uns keineswegs dagegen gewandt haben, daß die Reichsregierung überhaupt auf Grund des § 15 der Reichsverfassung Rechte wahrnimmt, die ihr verfassungsmäßig zustehen. Wir wünschten nur, daß das Reich in der Wahrnehmung dieser seiner Rechte auf Grund dieses Artikels der Verfassung überall energisch handelt und jeder vermeintlichen oder wirklichen Rechtsunsicherheit auf den Grund ginge. Wir haben uns energisch dagegen gewandt, daß eine solche Kommission, wie es zunächst den Anschein zu haben schien, ohne Benachrichtigung der beteiligten Regierung im Lande herumfährt, Erhebungen anstellt und nach dem Muster eines eifrigen Staatsanwalts operiert. Wir haben uns auch gegen die Absicht gewandt, Schwierigkeiten, die sich zwischen dem Reich und einzelnen Ländern ergeben können, mit Hilfe des § 48 zu beseitigen. Auch die „Zeit“ sollte wissen, welchen Zwecken die ständige Anwendung des § 48 gedient hat oder dienen soll und sollte umgekehrt im Interesse einer ruhigen Entwicklung unserer politischen Verhältnisse jede Anregung begrüßen, die darauf hinführt, die Austragung von Differenzen, die sich bei der Buntschichtigkeit unserer Länderregierungen vielleicht nicht ganz vermeiden lassen, auf gesetzlichem Wege vorzunehmen. Diese, unsere Auffassung wird offenbar auch von bürgerlichen Kreisen geteilt. Wenigstens bringt das „Berliner Tageblatt“ in der gestrigen Abendausgabe ein Weimarer Telegramm, in dem es u. a. heißt:

„Die Reichsregierung soll die anfängliche Absicht auf Einsetzung eines Reichskommissars und damit Ablegung der Thüringer Regierung wenigstens vorläufig aufgegeben haben, aber zur Unterlegung der gegen die thüringische Regierung vorgebrachten Beschwerden eine Reichskommission eingesetzt haben. Beides ist zu begrüßen. Das erstere, weil die Einsetzung eines Reichskommissars in dem jetzigen Augenblick nur von ganz wenigen verstanden worden wäre, und das zweite, weil die Thüringer Bevölkerung das größte Interesse daran hat, völlige Klarheit darüber zu erhalten, inwieweit die seit Oktober 1921 gegen die sozialistische Thüringer Regierung erhobenen Beschwerden, die sich während der letzten Zeit zu schwersten Anklagen verdichtet haben, den Tatsachen entsprechen. Trifft es zu, daß das Reich bereits Maßnahmen gegen Thüringen in die Wege geleitet hat, ohne Benachrichtigung der Thüringer Regierung, und daß die Kommission in dieser Auftragsangelegenheit bereits Erhebungen vorgenommen hat, ebenfalls ohne Verständigung der beschuldigten Thüringer Regierung, so wären das Maßnahmen, die bei allen rechtslebenden Staatsbürgern, welche auch in einer mitleidigen Landesregierung ein gleichmäßiges Organ erblicken, ernste Befürchtungen erwecken müßten.“

Im übrigen verurteilt das gleiche Weimarer Telegramm des „Tageblattes“ die Aktion der bürgerlichen Parteien unmittelbar vor Beginn des Wahlkampfes. Es heißt dort:

„Das neuere Vorgehen der Führer der bürgerlichen Parteien Thüringens kann man unter keinen Umständen gutheißen. Es war keine Arbeit auf weite Sicht! Die überwiegende Mehrheit der Thüringer Bevölkerung lehnt sich nach vier Jahre langen schwersten politischen Kämpfen, die in ihrer weiteren Auswirkung das Land Thüringen bis ins Ausland hinein in schwersten Mißkredit gebracht haben, nach innerer Ruhe. Die innere Ruhe kann nur gewährleistet werden von einer Koalitionsregierung unter Einfluß der Sozialdemokraten. Um dieses Ziel zu erreichen, ist notwendig die Ueberbrückung der Klaffen gegenüber innerhalb der Parteien, die ein Zusammenarbeiten anstreben. Gewiß hat die sozialistische Regierung mit der Eingehung der kommunistischen Gemeinschaft einen unverzeihlichen Fehler begangen, sie hat sich auch selbst grobe Mißgriffe

zuzuschulden kommen lassen. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß der Gedanke einer Koalition mit den Sozialdemokraten bis in die Kreise der Deutschen Volkspartei hinein als der einzig richtige Weg für Thüringen angesehen wird und auch gegangen werden muß, wenn anders das junge Land Thüringen nicht an der Kurzsichtigkeit seiner politischen Führer zugrunde gehen soll. Der letzte Schritt bei der Reichsregierung muß den Eindruck erwecken, als ob die Gegensätze zwischen rechts und links besonders im Augenblick der Neuwahlen nicht überbrückt, sondern vertieft werden sollten.“

Daß eine Beteiligung bürgerlicher Kreise an der thüringischen Regierung auf die Dauer nicht zu umgehen sei, ist eine Ueberzeugung, die übrigens auch der thüringische Innenminister Herrmann schon vor längerer Zeit in eingehenden Ausführungen über den Neuaufbau Thüringens begründet hat. Wenn die Gegensätze in Thüringen sich in letzter Zeit ganz unnötig verschärft haben, und infolge dieser Verschärfung Thüringen nicht wie etwa Preußen, Hessen, Baden und andere Länder (z. B. auch Hamburg, in dem trotz einer Arbeitermehrheit eine Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten und Demokraten existiert) in seiner ruhigen Entwicklung sehr zum Schaden der Arbeiterschaft stark gefährdet worden ist, so liegt das nicht zum wenigsten an dem durch nichts gerechtfertigten Eingreifen der Reichswehr und an der dauernden Beunruhigung, die Bayern mit seinem provozierenden Verhalten in Thüringen als seinem Grenzland herorrufen mußte. Die Redaktionen des Tageblatt-Korrespondenten, daß auch in sozialdemokratischen Kreisen Neigung bestehen soll, eine gemeinsame Liste mit den Kommunisten aufzustellen, halten wir für vollkommen unzutreffend. Im übrigen betont derselbe Korrespondent, daß auch die Verhandlungen über eine Einheitsliste der nicht sozialistischen Parteien noch keineswegs zum Abschluß gekommen seien, daß vielmehr die Beamtenverbände aufs schärfste „gegen jeden irgendwie gearteten Zusammenschluß mit den Deutschnationalen und dem rechten Flügel der Volkspartei protestiert“ hätten.

## Landesparteitag in Sachsen.

Dresden, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die sächsischen Landesinstanzen der sozialdemokratischen Partei beschlossen am Freitag einmütig, zum 6. Januar einen Landesparteitag zur Entscheidung über die Beteiligung an einer Koalition mit bürgerlichen Fraktionen nach Dresden einzuberufen. Die Mehrheit der Landesinstanzen ist gegen eine Koalition mit den Demokraten.

Dresden, 28. Dezember. (M.T.B.) Die Verhandlungen innerhalb der sozialdemokratischen Parteinstanzen sowie zwischen den einzelnen Parteien über die Frage der Bildung einer großen Koalition in Sachsen dauern an, ohne bisher zu einem abschließenden Ergebnis geführt zu haben. Der Landesarbeitsausschuß beruft einen Landesparteitag für Sonntag, den 6. Januar in das Landtagsgebäude ein zwecks Stellungnahme in der Frage der Landtagsauflösung, der Regierungskoalition und den Gemeindefragen. Die „Sächsische Staatszeitung“ schreibt unter der Ueberschrift: „Landtagsauflösung und Regierungsbildung“ unter anderem: In der morgigen Landtagsitzung steht erneut die Wahl eines Ministerpräsidenten auf der Tagesordnung. Es ist aber nicht anzunehmen, daß die Wahl morgen zustande kommt. Die von einzelnen Zeitungen getragenen Mitteilungen über die Bildung der Regierungsteile beruhen auf bloßen Kombinationen.“

Das Internationale Rote Kreuz erläßt an alle Rote-Kreuz-Gesellschaften einen vom ehemaligen Schweizer Bundespräsidenten Ador gezeichneten Aufruf zur Hilfe für Deutschland. Das englische Rote Kreuz hat geantwortet, daß es sich nicht beteiligen könne, da seine Hilfskräfte durch die Unterstützung der englischen Arbeitslosen erschöpft seien.

Venizelos fährt am Sonnabend von Warschau nach Griechenland, wo er die Republik einziehen dürfte.

Hatte ich nicht recht, da ich sagte: Ein verflügelter Kerl, der Elektrotechniker vom Weihnachtsmarkt auf dem Römerberg zu Frankfurt, der Goethestadt?

Mit einer Handbewegung schreibt er den schärfsten Weltartikel, den nicht einmal der Wehrkreiskommandeur verbieten kann.“

## Weihnachts-Konzert.

Der Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin der SPD. lud zum dritten Festkonzert mit weihnachtlicher Musik am Nachmittag des zweiten Festtages in die alte Garnisonkirche ein. Das Programm, das nur zweimal unter seinen neun Abteilungen moderne Musik darbot, war im wesentlichen aus den reichen Vermächtnissen unserer alten Meister geschöpft. Eingeleitet und beschlossen wurde das Konzert durch Orkestrorchester, die Herr Bribe, der Organist der alten Garnisonkirche, in technisch gerundeter Weise und mit dem vollen Ausbruch künstlerischer Kraft gestaltete. Bugtshude (1637—1707), zu dem A. S. Bach in Bewunderung plagierte und der dem jüngeren Meister Bach im eigenen Schaffen Weiten der Anregung erschloß, war mit einer männlich-herben Loktoia in F-Dur vertreten, während Bachs Präludium in G-Dur glanzvoll-festlich das Konzert beschloß. — Professor Jeller streute zwei Violinlied: das Adagio aus A. S. Bachs G-Dur-Konzert sowie ein weniger tief schürfendes Air von Karl Goldmark (1830—1915), von Herrn Bribe an der Orgel begleitet, zwischen die prachtvoll geledierten und aufs sorgsamste ausgearbeiteten Chorvorsätze des Radigalchors der staatlichen Akademie für Kirchen- und Schulmusik unter Leitung seines Dirigenten Karl Thiel. War schon der dramatisch bewegte Psalm 98 von Heinrich Schütz (1585—1672): „Singet dem Herrn“ ein verheißungsvoller Auftakt der Darbietungen des Chores, so steigerten sich die vokalen Genüsse in dem herrlichen Chor von Joh. Eccard (1553—1611). „Ich lag in tiefer Todesnacht“ zur innerlichsten Ergriffenheit und fanden jubelnde Auslösung in Beethovens Opferlied „Die Flamme loht“ und in dem kirchlich ungemein reizvollen Psalm 61: „Denn er hat seinen Engeln besohlen“ von Felix Mendelssohn, rundeten sich zur hinnegeordneten Feierlichkeit in Mozarts „Auf der Andacht hellgem. Flügel“, wo der Chor in gleicher Weise wie in der darauffolgenden, der theatralischen Bests nicht entbehrenden „Symne aus Danies Parodie“ in der Vertonung des Münsterschen Generalmusikdirektors Frh. Bollbach, von der Orgel, Violine und Harfe (Frau Hoff-Beidel) begleitet wurde. Der Besuch dieses weihnachtlichen Festkonzertes ist anscheinend unter der eifrigen Kälte draußen, die sich auch im Kirchenraume empfindlich bemerkbar machte und wohl auch die hohen Soprane nachteilig beeinflusste, die zuweilen die tieferen Stimmenlagen zu scharf überschritten.

Das Weihnachtsfestspiel Barnowskis. Es gehört heute Mut dazu, Shakespeare auf die Bühne zu bringen. Geht jeder wirklich mit froher Erwartung in Theater, wenn er sich ein Stück von Shakespeare ansehen soll? Hand aufs Herz! Manchen beschleicht ein Gefühl der Ablehnung, der Furcht, etwas Unmögliches schon finden zu müssen, nur weil die Literaturhistoriker es so wollen.

Etwas Fernabliegendes, wozu er keine Beziehung finden kann. Nun, Direktor Barnowski hat mit seiner Reueinsubstanz den Lustspiels „Was ihr wollt“ wieder einmal bewiesen, daß Shakespear unsterblich, zeitlos ist, daß seine Figuren leben, heute, gestern und morgen. Das war ein buntes und vielgestaltiges, ein blutdurchpulstes Leben voll übermütiger Ausgelassenheit, das sich da auf der Bühne des Belling-Theaters abwickelte. Für die zwei Stunden, die wir im Theater saßen, war alle Fähigkeit abgestreift, die unser Dasein umgibt. Ueber diesem Theaterzauber waren unsere persönlichen Nöte vergessen.

Wir wollen nicht kriteln, ob diese oder jene Rolle hätte besser besetzt sein können, ob nicht alberne Hanswursthode durch geistvolle Komik hätte ersetzt werden sollen. Die Aufführung war aus einem Gusch, mit Hohnachlust erfüllt. Das Auge erfreuend durch heitere Bilder des Casar Klein, die Verwandlungen überdrüssend durch Rogoriss Müll. Und ein erlesener Genuß durch das reine Künstlertum der Elisabeth Bergner. Es ist, als ob uns der Himmel einen süßen Duft auf die Erde geschickt und mit Leben besetzt hätte. Die Bergner spricht, als ob ihr der Augenblick die Worte einöbe. Ein Reigen des Kopfes, eine nachdenkliche Pause, ein ermachendes Wachen blickt zu des Dichters Sprache einen Zauber von unendlicher Zerkheit. Von dieser Viel, dieser Verkörperung von Kunst, mühten die übrigen Darsteller in den Schatten gestellt werden. Aber an dem großen Erfolg des Abends hatten auch Diegelmann als ewig betrauerter Kaufmann, Theodor Loos als in ihrichter Grandezza herstorzierender Haushofmeister und Ernst Karchow als liebedurchglühender Herzog Orsino ihren wohlverdienten Anteil. Dgn.

Spielplanänderung. Die Truppe stellt mit: Die Uraufführung von Eugene O'Neills Schauspiel „Kaiser Jones“ findet nicht Sonnabend, den 29. Dezember, sondern Freitag, den 4. Januar, im Lustspielhaus statt.

Theater-Theater. Besen deutscher Veränderungen und vollständiger Renoverung des Bühnenhauses bleibt das Theater bis auf weiteres geschlossen. — Uebererhöhung Mitte Januar.

Im Neuen Volkstheater wird Sonntag nachmittag 4 Uhr das Jauer-märchen „Hollspöden und der Wolf“ zu ganz neuen Dreien aufgeführt.

In der Aranis finden Sonnabend und Sonntag die letzten Ocean-filmmorträge des Oberingerleins Dreier statt.

Alexander Eiffel, der Erbauer des weltbekanntesten Pariser Eiffelturms, der 300 Meter hoch, nun aus Eisen gebaut, das Ereignis der Weltfestausstellung von 1889 war und heute außer zu wissenschaftlichen Zwecken als Kunstbau dient, ist im Alter von 92 Jahren gestorben. Seit der Banam-Affäre hat er völlig zurückgezogen gelebt.

Der internationale Kongreß der gelben Arbeiter wurde Freitag früh in Paris eröffnet. Die Sitzung wurde vom österreichischen Konsul vertreten. Der Kongreß beriet über seine Statuten. U. a. wurde ein Artikel angenommen, wonach als Länder, d. h. auch diejenigen, die im Weltkrieg nicht vertreten sind, dem Bunde beitreten können. Der Bund will keine politischen, sondern rein geistliche Ziele verfolgen.

Kaufhaus als Stapelplatz. Geometria wird in Wandhäuser die Anladestelle einer der großen Gummifabriken mit Kaufhaus angehängt. Statt der bisher benutzten Straße wandert man nun 50 Kilometer die und 270 Kilometer schwere Bahn an, die sich nicht so leicht verstellen oder vom Untergrund abheben können. Dieser wird aus Beton hergestellt. Zur Verstärkung des Belages dienen Stahlstäbe.

## Die neue Mietpolitik.

Dem Dementi der Reichsregierung über den von uns veröffentlichten Entwurf der dritten Steuernotverordnung sind bisher weitere Angaben über die Pläne der Regierung oder des Finanzministers noch nicht gefolgt. Um so notwendiger ist es, sich mit den durch diesen Entwurf aufgeworfenen Problemen zu befassen. Die „Zeit“ hat in einer polemischen Bemerkung mit uns insofern recht, als sie behauptet, daß die bevorstehende Verringerung der Wohnungszwangswirtschaft und die Einführung einer sehr hohen Mietzinssteuer bereits nach den vor Wochen im Reichstag ergangenen Anordnungen des Reichsfinanzministers kein Geheimnis mehr habe sein können. Es handelt sich aber sehr wesentlich darum, was als Mietsteuer erhoben wird und welchen Zwecken eine solche Mietsteuer dienen soll. Und da werden allerdings durch den Entwurf Dr. Luthers die wichtigsten Interessen der breiten Volksmassen berührt, so daß zur Aufregung genug Veranlassung vorliegt.

Der den Ausgangspunkt der Verordnung bildende Gedanke, eine Aufwertung der Hypothekenschulden nicht zuzulassen und den den Schuldnern daraus erwachsenden erheblichen Geldwertgewinn für Zwecke der Allgemeinheit in Anspruch zu nehmen, ist keineswegs undiskutabel. Besonders wenn die Mietsteigerung sich in erträglichen Grenzen hält, die dadurch gewonnenen Mittel für Neubauten, für Reparaturzwecke, als Unterstützungsfonds für die schwächsten Mieter und für lebensnotwendige Zwecke des Reiches und der Länder Verwendung finden würden, könnte ein auch für die Arbeiter, über davon ist jetzt kaum noch die Rede. Weder für Neubauten, noch für Unterstützung der schwächsten Mieter soll Geld zur Verfügung gestellt werden. Nur ein geringer Teil der Mietsteigerung soll Reich und Ländern zufließen. Dagegen soll der Hausbesitzer etwa 50 Proz. der Friedensmiete erhalten, und dieser Anteil soll Vorrang haben vor dem der Länder und des Reiches. Noch schlimmer ist die Regelung bei den Schulden von Industrie und Landwirtschaft. Von dem Geldwertgewinn, den die Industrie infolge der Entwertung ihrer Schulden gemacht hat, soll sie in 21 Monaten nur 10 Proz. als Steuer zahlen, die Landwirtschaft aber überhaupt nichts. Der überschuldete Großgrundbesitzer wird also mit einem Schlag aller Schulden ledig.

Die finanzielle Wirkung dieser Maßnahmen geht aus folgenden Angaben hervor: Die Vorkriegsschulden der Industrie betragen 4—4½ Milliarden Goldmark, die der Landwirtschaft 15—20 Milliarden Goldmark, die des städtischen Hausbesitzes etwa 30 Milliarden, insgesamt also 50—55 Milliarden Goldmark. Der Industrie werden fast vier Milliarden, der Landwirtschaft 15—20 Milliarden, dem städtischen Hausbesitz ebenfalls rund 15 Milliarden geschenkt. Dafür werden alle Hypothekengläubiger völlig enteignet, die Mieter von städtischen Grundstücken mit der Mietsteuer belastet. Die Friedensmiete betrug insgesamt rund 5 Milliarden Goldmark im Jahr. Gegenwärtig werden im Durchschnitt des Reiches etwa 20 Proz. der Friedensmiete (einschl. Umlage) gleich einer Milliarde Goldmark erhoben. Wird die volle Friedensmiete hergestellt, so ist das eine Belastung der städtischen Mieter um insgesamt 4 Milliarden Goldmark; werden nur 80 Proz. der Friedensmiete festgelegt, so ist das eine Belastung von 3 Milliarden Goldmark. Reich und Länder sollen von diesen Beträgen die Hälfte, also 1,5 bzw. 2 Milliarden Goldmark erhalten.

Was bedeutet diese Summe? Die Einkommensteuer der Veranlagungspflichtigen dürfte im Jahre 1924 einen Ertrag von 400 Millionen Goldmark bringen. Die Erbschaftsteuer ist mit 30 Millionen Goldmark veranschlagt, die Vermögenssteuer mit 340 Millionen Goldmark. Alle drei Besitzsteuern zusammen bringen also bestenfalls einen Ertrag von 770 Millionen Goldmark. Der an Reich und Länder aus der Mietsteuer fließende Ertrag ist also zwei- bis dreimal so hoch als die drei wichtigsten Besitzsteuern, die nach den Worten des Finanzministers Luther „brutale“ Steuern sind. Die Mietsteuer ist selbst das 1½fache des Gesamttrages der Umsatzsteuer!

Bei dieser Sachlage kann man nur dringend wünschen, daß die Reichsregierung sich ihre Entschlüsse auf diesem Gebiet auf das Ernsteste überlegen möge. Wenn schon die allgemeine Finanzlage des Reiches schwere Opfer fordert, wo bleibt dann das Goldopfer der Industrie und Landwirtschaft. Soll die Geldentwertung bei den Mietern rückgängig gemacht werden, warum nicht auch bei den besitzenden Schichten, die immer wieder nicht ongepaßt werden. Es ist ihr auch dringend zu empfehlen, sich zu fragen, ob es zweckmäßig ist, die dritte Steuernotverordnung mit ihren das ganze politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands auf Jahre hinaus so einschneidend beeinflussenden Problemen auf dem Wege des Ermächtigungsgesetzes zu regeln.

## Zum Bombenattentat in Hannover.

Hannover, 28. Dezember. (U.) Der Polizei ist es jetzt gelungen, endlich eine Spur von den mutmaßlichen Tätern des Sprengattentats auf das Regierungsgebäude zu entdecken. Es sind einige Verhaftungen vorgenommen worden, die aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem Anschlag in Verbindung stehen und durch die man eine weitere Aufklärung herbeiführen hofft. Im Interesse der Untersuchung kann näheres zurzeit allerdings noch nicht mitgeteilt werden.

Hannover, 28. Dezember. (G.) In Hannover hat die Polizei einige Kommunisten verhaftet, die verdächtig sind, mit dem Bombenanschlag auf den Oberpräsidenten Koste in Verbindung zu stehen.

## „Dixmuiden“ verloren.

Der Führer tot aufgefischt.

Paris, 28. Dezember. (WZ.) Das Marineministerium hat heute eine Hasenmeldung aus Rom bestätigt, wonach 8 Meilen von der sizilianischen Küste der Leichnam des Führers des Luftschiffes „Dixmuiden“, Schiffskapitän Dengrenadin, bei Orgeria von Fischeren aufgefischt und von den Behörden festgestellt worden ist. Der Marineattaché in Rom begibt sich sofort nach Sciacca, wo die Leiche aufgebahrt ist. Ein kleiner Kreuzer und drei Torpedoboote sind ebenfalls dorthin kommandiert, um weitere Nachforschungen anzustellen. Seit heute mittag nimmt man in Paris an, daß die gestrige Nachricht, der ehemalige Jeppista habe die algerische Sahara überflogen und sei dort gesichtet worden, nicht den Tatsachen entspricht, daß er vielmehr heute als verloren angesehen werden muß. Wenn die Mannschaft nicht gerettet werden konnte, wäre der Verlust von 50 Menschenleben zu beklagen. Es werde allgemein angenommen, daß der Führer des Luftschiffes sein Fahrzeug als letzter verlassen habe.

# Kuhr und Reparationen.

## Abchluß der Pariser Kammerdebatte.

Paris, 28. Dezember. (WZ.) Die Kammer setzte heute nachmittags nach Erledigung einzelner kleinerer Vorlagen die Aussprache über die auswärtige Politik der Regierung fort. Als letzter Interpellant erhielt der Abg. Paul Reynaud (Radikaler) das Wort zur Reparationspolitik. Man könne die verschiedenen Nationen mit einer Pyramide vergleichen, deren höchste Spitze Amerika bilde, Deutschland die Grundlage. Frankreich drückte schwer auf die Schultern Deutschlands, England auf Frankreich, während England selbst die Last der Vereinigten Staaten zu tragen habe. Frankreich könne seine Umklammerung Deutschlands so lange nicht lockern, als England nicht diejenige Frankreichs und Amerikas die Englands zu lockern bereit sei. Reynaud glaubt nicht, daß Amerika jemals die Gabeln machen werde, die man von ihm erwarte. Er glaubt auch nicht, daß es gelingen werde, eine große internationale Anleihe unterzubringen. Sie würde weder in Amerika noch in England stark gezeichnet werden, denn die beiden Länder fürchteten, Frankreich seine Kosten zu erleichtern. Er kritisiert sodann die Politik Englands, das jetzt verusche, Frankreich einzukreisen und damit die Politik zu wiederholen, die es früher gegenüber Deutschland betrieben habe.

Der Redner fragte auch nach den Plänen, die der deutsche Industrielle Arnold Reebberg zur Lösung des Reparationsproblems Tags vorher Poincaré vorgelegt hatte. Reynaud hat vor zwei Jahren bereits mit Reebberg über diese Pläne in München persönlich verhandelt und seitdem sich wiederholt nach dieser Richtung bedingt.

Reynaud führte nach dem Co.-Bericht weiter aus: er wolle die Vergangenheit nicht kritisieren, sondern die Zukunft nach dem Ruhrsturz betrachten. Diejenigen, die von dem Geneva-Geist besetzt seien, treten dafür ein, so schnell wie möglich das ganze Reparationsproblem zu regeln und die Pfänder auszugeben, während die Befürworter des Versailler Vertrages die Beibehaltung der Pfänder verlangen, um damit eine Art

eisernen Vorhang an der Schwelle des unbesetzten Deutschlands niederzulassen. Die erste Politik sei im Augenblick unmöglich. Die größten Schwierigkeiten bilde die Haltung der Vereinigten Staaten in dem Schuldenproblem. Dieses Problem müsse man also zurückstellen. Die weiteren Schwierigkeiten seien die für eine internationale Anleihe. Der Vorschlag des „eisernen Vorhangs“ hält der Redner entgegen, daß das Ruhrgebiet ohne das unbesetzte Deutschland ein Hafen ohne Hinterland sei. Niemand könne gegen die Tatsache ankämpfen, daß im Ruhrgebiet eine wirtschaftliche Entwicklung unumgänglich sei, solange Deutschland nicht wieder natürlicher Kunde werde. Wenn man aber Deutschland nicht irgend eine Möglichkeit für eine Einigung und Verständigung zeige, dann bedeute das ewigen Haß, und man dürfe nicht vergessen, daß der deutsche Haß stärker sei als der französische, das bedeute nichts anderes als Renanchekrieg. Auch könne Frankreich nicht in latenter Feindschaft mit England und Deutschland gleichzeitig bleiben. England liege im Augenblick auf einem Schmerzenslager zwischen zwei Kerkern, den Schuldzählern und Freiwilligen. Den ersten dieser Kerker habe es von sich selbst, der zweite sage ihm, wenn Du leibst, so ist Frankreich schuld daran. Das ärgere dabei sei, daß

Frankreich in England die organisierten Kräfte, die City, die Gewerkschaften, die Geistlichkeit gegen sich habe. Ist es möglich, daß Frankreich gleichzeitig den Haß Deutschlands, Englands und der Welt trage? Frankreich habe glänzende Rollen in seinem Spiel. Vor einem Jahre gab es in Deutschland niemanden, mit dem Frankreich sich unterhalten konnte. Der Redner habe zu denjenigen gehört, die hofften, daß die Belegung des Ruhrgebietes die öffentliche Meinung in Deutschland teilen würde. Nun könne Frankreich direkt zum deutschen Volk sprechen. Reynaud kommt dann auf die Aufhebung des passiven Widerstandes zu sprechen, wobei Poincaré dozwilchen ruft: „Man sandte sogar (1) Unterstützungen, um den passiven Widerstand aufrechtzuerhalten.“ Reynaud fährt fort: Wie dem auch sei, was diesen passiven Widerstand zum Aufheben gebracht hat, das sind nicht Sie, Herr Ministerpräsident, sondern die Macht, die ständig für uns gearbeitet hat. Am 10. Oktober sagten Sie zu dem deutschen Geschäftsträger, über die Kuhr sprechen Sie mit General Degoutte, über das Rheinland mit dem Oberkommissar Tirard. Poincaré ruft dozwilchen: „Vollkommen unrichtig!“ Reynaud fährt fort: Jedenfalls wirkt es heute

für die Deutschen eine neue Last auf: Ramsay MacDonald ist am politischen Horizont erschienen und die Haltung, die man in Berlin nach vor einem Monat zeigte, hat sich gründlich geändert.

Am 24. September 1923 ist der Franken gestiegen, weil die Welt glaube, daß wir uns mit Deutschland auseinandersetzen würden; wenn der Franken heruntergeht, so geschieht dies, weil man nicht glaubt, daß wir uns mit Deutschland einigen werden. (Zwischensatz sehr auf links.) Zunächst muß das Problem der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern geregelt werden, wenn nicht, dann werde man auch das Problem der Reparationen und das der Sicherheit nicht lösen.

## Das Unglück des Versailler Vertrags

Ist, daß er eine Grenze zwischen zwei Lagern, nämlich einem Kohlenlager und einem Eisenlager (Ruhr und Lothringen) sind gemeint. (Red.) gezogen habe. Man hat eine Lösung durch Beteiligung gesucht oder, und das ist sonderbar, die französischen Grubenbesitzer haben sich Interessen an deutschen Gruben gesichert. (Poincaré ruft dozwilchen: „Kennen Sie Abkommen dieser Art, die Regierung kennt keine.“) Jedenfalls hat die Regierung erklärt, daß sie alles getan habe, was in ihrer Macht steht, zu verhindern, das derartige Abkommen ohne ihre Zustimmung unterzeichnet werden. Reynaud fährt fort: Es sei sehr wichtig, daß diese Beteiligung unter ihrer Kontrolle stattfinden. Diese Beteiligungen seien ein sehr nützliches Mittel, um zu einer Lösung zu gelangen. Es sei ein schwerer Fehler, daß man die Möglichkeit von Belegung in natura außer acht gelassen habe. Seit einem Jahre habe man eingewandt, daß die Deutschen in ihrem Zustand der Unsicherheit Kapitalien ihrer Gesellschaften an fremde Gesellschaften ausgeführt haben; dies sei jedoch eine Befehrl, der man leicht entgegenzutreten könnte. In den Saar-Hüttenwerken hätten die Deutschen ausgezeichnete Kontrakte gemacht, man müsse sich hieron inspirieren lassen. Poincaré ruft dozwilchen: „Und wie wir es auch getan hätten, ich habe persönlich Herrn Reebberg empfangen.“ Reynaud fährt fort:

Wenn derartige Beteiligungen zustande kämen, dann wären wir bald die Affiliäre Deutschlands.

Diese Verknüpfung der gemeinsamen Interessen wäre für uns eine der besten Möglichkeiten der Sicherheit, und vielleicht wäre der Krieg von 1870 niemals ausgebrochen, wenn Frankreich damals die Mitarbeit der süddeutschen Staaten angenommen hätte. Reynaud glaubt, daß Deutschland niemals die gleiche Auffassung von der Demokratie haben werde, die Frankreich habe. Niemand habe sich die deutsche Demokratie bemüht, zu einem Abkommen mit Frankreich zu gelangen, das Frankreich am Sterben gehindert hätte. Im Jahre 1922 sei die Produktion des Ruhrgebietes rückenhaft gegen die vom Jahre 1923 gewesen. Poincaré ruft dozwilchen: „Man hätte die Industrie von der Ruhr-Ruhr befreit, um ihr diese Ueberproduktion zu gestatten.“

Nach dem WZ-Bericht erklärte Reynaud weiter, die deutsche Regierung habe die Industriellen ermächtigt, ihre Arbeiter länger als acht Stunden arbeiten zu lassen.

Poincaré unterbricht mit der Bemerkung, dies richte sich nicht nur gegen die deutschen Arbeiter, sondern auch gegen die französische Industrie, denn während die deutschen Arbeiter 10 Stunden arbeiteten, arbeiteten die französischen nur 8 Stunden. Es kommt sodann zu einer lebhaften Auseinandersetzung des Redners mit den Sozialisten, an der sich auch Abgeordnete der Rechten beteiligen. Schließlich fordert Reynaud den Abg. Herriot auf, sich auszusprechen, wie er sich zur Kuhrfrage stelle. Herriot erklärt, er habe mit Poincaré verhandelt, daß die Diskussion bis nach den Ferien verschoben werde, da der Ministerpräsident selbst nicht das Wort ergreifen wolle. Die Aufforderung des Abg. Reynaud veranlaßten ihn aber, darauf zu erwidern.

Herriot erklärte sodann, er habe nicht für die Ruhrreparation gestimmt, weil er der Ansicht gewesen sei, daß die Regierung nicht alles Erforderliche getan hätte, um sich mit den Militärs zu verständigen. Er behaupte es nicht, daß er nicht für die Ruhraktion gestimmt habe, aber da die Fahne Frankreichs engagiert sei, habe er nichts gegen die Ruhrbesetzung unternommen. Eine Niederlage Frankreichs im Ruhrgebiet wäre nicht eine Niederlage für die gegenwärtige Regierung, sondern für das Land. Im Ruhrgebiet gehe man aufs ganze. Wenn man die Frage stellen würde, ob das Ruhrgebiet geräumt werden solle, so werde er antworten: Nein! Aber er würde sich bemühen

an Stelle jedes unsicheren Pfandes solidere Pfänder zu setzen. Dadurch könnte man die interalliierte Einheitsfront wieder herstellen. Reynaud will erwidern, Ministerpräsident Poincaré achte aber nicht darauf und verleihe das Defret, durch das die außerordentliche Parlamentsession geschlossen wird. Die nächste Sitzung findet am 3. Januar 1924 statt.

# Wirtschaft

## Kohlenpreisherabsetzung.

WZ. meldet: Reichskohlenverband und großer Ausschuß des Reichskohlenrates berieten gestern, Freitag, über die Möglichkeit eines weiteren Abbaues der Kohlenpreise, die zuletzt mit Wirkung ab 18. Oktober herabgesetzt und seitdem nicht wieder erhöht worden waren. In der Erwartung, daß die in den Bergbaubereichen allmählich zur Durchführung gelangende Verlängerung der Arbeitszeit bald die Freieinstellung zu erreichen gestattet, und daß der Preisabbau von den übrigen Wirtschaftszweigen, insbesondere von der Reichsbahnverwaltung mit ihren Tarifen, mitgemacht wird, beschlossen die Organe der Kohlenwirtschaft einstimmig Preisverabstimmungen um etwa 10 Proz., wobei die Rettoergrubenpreise im unbesetzten Deutschland in Goldmark auf etwa 125 bis 130 Proz. der Vorkriegspreise und damit wesentlich unter das Weltmarktpreisniveau zurückgebracht werden.

Die Preisverabstimmungen treten ab 2. Januar in Kraft. Für die Syndikate des besetzten Gebietes, wo die bekannten besonderen Verhältnisse obwalten, gelten die Beschlüsse nicht.

## Geringer Preisrückgang im Großhandel.

Die auf den Stichtag des 27. Dezember berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt gegenüber dem Stande vom 18. Dezember (in Gold 124,8) einen Rückgang um 3,5 Proz. auf 120, der namentlich durch die Senkung der Getreidepreise sowie durch die Herabsetzung der Ruhrkohlenpreise herbeigeführt worden ist.

Von den Hauptgruppen sanken die Lebensmittel im Großhandel um 3,4 Proz. auf 108, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 7,2 Proz. auf 79.

Die Industriepreise sanken um 3,7 Proz. auf 130,9, davon die Gruppe Rohle und Eisen um 5,4 Proz. auf 131,7. Ferner sanken die Einfuhrwaren um 1,3 Proz. auf 137,8 und die Inlandwaren um 4,2 Proz. auf 113,5.

Billionskonten bei den Berliner Banken. Die der Stempelvereinsbank angeschlossenen Banken haben beschlossen, dem Beispiel der Reichsbank zu folgen und vom 1. Januar ab ihre Konten auf die Billionenmark umzustellen. Die letzte Umstellung kommt bei den augenblicklichen Devisenkursen in der Praxis der Einführung von Goldkonten gleich unter der Voraussetzung, daß die Mark stabil bleibt.

## Lieferungen der Badischen Kalkwerke auf Reparationskonto.

Pariser Bätter veröffentlichten den Wortlaut eines zwischen der Rheinlandkommission einerseits und der Badischen Anilin- und Sodaabrik in Ludwigshafen und den Hächster Farbwerken andererseits geschlossenen Vertrages, worin sich die beiden gemischten Werke verpflichten, für die Monate Dezember, Januar und Februar auf Reparationskonto je 5000 Tonnen Schwefelsäures Ammoniak sowie 10 Proz. des in dem Wert von Oppau erzeugten Stickstoffdüngers, zum mindesten aber 14 000 Tonnen monatlich zu liefern. Eine Bezahlung dieser Lieferung erfolgt nicht. Die beiden Werke verpflichten sich weiterhin, sich den Anordnungen und Instruktionen der Rheinlandkommission zu fügen, insbesondere das Regime der Ausfuhrzölle (sowohl für den Export nach dem Ausland wie für den Verkehr mit dem unbesetzten Gebiet anzuerkennen, sich der Kontrolle der alliierten Behörden zu unterwerfen. Die früher beschlagnahmten Warenmengen bleiben im Besitz der Okkupationsbehörden.

Die Ausfuhr deutschen Spielzeugs nach Amerika hat im letzten Jahre nach Zeitungsmeldungen wesentlich zugenommen und die Bedeutung der deutschen Spielwarenindustrie als Ausfuhrindustrie noch gesteigert. Zahlenmäßige Angaben liegen für das letzte Jahr noch nicht vor, doch nimmt man an, daß die Menge und der Wert der nach den Vereinigten Staaten eingeführten deutschen Spielwaren noch wesentlich über den Vorkriegsstand binandergeliege. Die Einfuhr von deutschem Spielzeug hatte sofort nach dem Waffenstillstand eingeht, und zwar wurde schon in der Zeit vom 11. November bis zum Ende der Weihnachtsferien 1918 Spielzeug im Wert von 68 233 Dollar eingeführt. Die Einfuhr stieg für 1919 auf 451 296 Doll., im folgenden Jahr auf 1 031 367 Doll., und 1921 auf 1 098 009 Doll. Die hohen Rölle haben das deutsche Spielzeug nicht fernhalten können; in diesem Jahre wurde es dadurch begünstigt, daß infolge der Erdbebenkatastrophe das japanische Spielzeug nicht so sehr wie in früheren Jahren in Konkurrenz treten konnte, wo es zeitweise, wie z. B. 1920, Deutschland überholt hatte, während 1921 sich beide in die amerikanische Spielzeuginfuhr teilten, wobei Japan besonders Guppen lieferte. Seit 1921 hat aber Deutschland einen neuerlichen Vorsprung gewonnen.

Neue Interessengemeinschaft in der Metallindustrie. Zwischen der „Weser“ A. G., die Schiff- und Maschinenbau in Bremen betreibt und der Norddeutschen Waggonfabrik in Bremen wurde ein Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen und von den Generalversammlungen genehmigt, der durch Auktions von Aktien und Aufsichtsräten ein enges Geschäftsverhältnis zwischen den beiden Unternehmungen herstellt.

Deutsch-schwedische Sachleistungsverhandlungen wird die Belgischer Regierung infolge Einstellung der deutschen Reparationslieferungen entsprechend dem Rat der Reparationskommission einleiten.

# Musterverordnung zum Schutz der Bauarbeiter.

Unter diesem Titel hat das Reichsarbeitsministerium im November vorigen Jahres einen Verordnungsentwurf bekanntgegeben, der für die Arbeiter bei Bauten im Deutschen Reich eine Grundlagende für den gewerblichen Mindestgesundheitschutz zum Ausdruck bringen soll. In der heutigen Zeit noch Fragen des Arbeiterschutzes zur öffentlichen Diskussion zu stellen, wo Tausende durch Mangel an ausreichender Ernährung zugrunde gehen müssen, wird manchen Leuten, welche die tatsächlichen Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit, Hunger, Krankheit und Unfälle nicht zu fassen vermögen, recht unverständlich erscheinen. Nach den letzten amtlichen Mitteilungen für das Jahr 1921 haben die Unfälle im Bauwesen eine beträchtliche Zunahme aufzuweisen. Um so mehr ist es Pflicht der Regierung und besonders der Reichsregierung, hier vorbeugend einzugreifen.

Die Geschichte und der Geburtsort dieses Entwurfs ist nicht so ganz einfacher Art. Der Kampf um ein Reichsarbeiter-Schutzgesetz begann schon im Jahre 1871, im Anfang unserer gewerkschaftlichen Bewegung. Unter der Vorherrschaft der liberalen Parteien wurde im Reichstag das sogenannte „Ausspitzgesetz“ vom 7. Juni 1871 beraten und beschlossen, wobei man die Bauarbeiter trotz aller Proteste vollständig außer acht gelassen hatte. Das Gesetz selbst war für die Zwecke der Unternehmer ein gefälliges und für die Entschuldigungsverordnungen der Arbeiter ein juristisch geschraubtes Nachwerk. Aber immerhin sollte dadurch beigegeben werden, die Unternehmer mehr zur Wahrnehmung der Unfallverhütung in ihren Betrieben zu veranlassen. Deshalb versuchten auch die Bauarbeiter eine Ausdehnung dieses Gesetzes auf das Baugewerbe zu erreichen. Alle dahingehenden Bemühungen durch Eingaben an den Reichstag im Jahre 1874 und 1878 hatten keinen Erfolg. Für die reaktionären Parteien dieses Parlaments war für eine solche Schutzmaßnahme der Bauarbeiter keine Ursache gegeben. Erst nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes begann in den neunziger Jahren von neuem eine intensive Agitation der Bauarbeiter für die reichsgesetzliche Anerkennung ihrer Schutzforderungen, wobei die sozialdemokratische und die Zentrumspartei wiederholt unterstützend eingegriffen haben. Die Kongresse für Bauarbeiter-Schutz in den Jahren 1899, 1903 und 1913 gaben diesen Forderungen klaren Ausdruck. Dem entgegen hatte die Reichsregierung durch ihre Vertreter schon vor und nach dem Kongreß von 1899 die Erklärung abgegeben lassen: daß die Wahrnehmung des Bauarbeiter-Schutzes nicht die Aufgabe des Reiches, sondern der Bundesregierungen sei. An dieser Stellungnahme hat alles weitere Vorgehen der Bauarbeiter und auch des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker bis zum Jahre 1919 nichts geändert. Daß die Unternehmer sich der Sache bewußt waren, ergab sich aus dem ablehnenden Verhalten des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, aus der gefälligen Stellungnahme gegen die Arbeiter in ihrer Presse und aus den Logungen der Baugewerks-Berufsgenossenschaften. Das schnelle Anwachsen der gewerkschaftlichen Organisationen mußte diesen Leuten auf die Nerven fallen. Dieser Widerstand der Unternehmer und der reichsbehördlichen Bureaucratie war eine

## Kraftprobe der behördlichen Gewalt.

Damit war aber auch für die Arbeiter des Baugewerbes die Ursache gegeben, mit Nachdruck unmittelbar ihren Schutz von den Landeszentralbehörden zu fordern, und das mit nicht zu unterschätzendem Erfolg!

Im September 1919 erklärte sich die heftigste Regierung bereit, eine Landesverordnung zum Schutze der Bauarbeiter zu erlassen. Da griff unerwartet das Reichsarbeitsministerium ein und teilte dieser Regierung mit, daß man gewillt sei, diese Materie durch eine Reichsverordnung zu regeln. Hierdurch veranlaßt hat der Vorstand des ADGB einen selbständigen Entwurf auszuarbeiten lassen, worin die wichtigsten Forderungen der in Betracht kommenden Verbände, Betriebsgruppen und Arbeiter ausgestellt sind. Dieser „Entwurf einer Reichsverordnung betreffend Normvorschriften zum Schutze der bei Bauten, Bauwerken und Abbrüchen beschäftigten Personen“, ist im April 1921 in Form einer Eingabe dem Reichsarbeitsministerium überreicht worden. Dieses Vorgehen der Gewerkschaftszentrale mußte, wie nicht anders zu erwarten, die Unternehmer zum Handeln drängen. Mit dem Titel „Entwurf einer Vorlage zur einheitlichen Regelung des Bauarbeiter-Schutzes im Deutschen Reich“ wurde von dem Verband der Baugewerks-Berufsgenossenschaften ein Gegenentwurf fertiggestellt. Damit erhielt das Reichsarbeitsministerium von der linken und von der rechten Seite den Meinungsdruck und das Material, wodurch die eigene Stellungnahme und Arbeit erleichtert wurde. Dem Inhalt nach kann die Vorlage der Berufsgenossenschaften nicht alszuw. Schwierigkeiten veranlaßt haben, denn danach sind erstmalig, soweit als wichtig die Unfallverhütung in Frage kommt, nur allein die Unfallverhütungsvorschriften der zuständigen Baugewerks-Berufsgenossenschaften maßgebend. Von Einseitigkeit kann nach dieser Methode der Gesetzgebung keine Rede mehr sein. Was im Laufe der Jahrzehnte im Deutschen Reich durch Landesverordnungen über den Schutze der berufsgenossenschaftlichen Schutzvorsorge hinaus geschaffen wurde, kommt nicht mehr in Betracht.

In ähnlicher Weise ist der sittlich-sanitäre Schutz, wie Unterkunftsräume, Abtrittanlagen, Dichtung der Bauten im Winterhalbjahr usw. behandelt, wo alles beim alten bleiben

## Gefährlicher Beamtenabbau.

Der Zentralverband der Maschinen- und Heizer wird uns geschrieben:

Es handelt sich hier um den Abbau der Revisionsingenieure bei den Dampfesselüberwachungsvereinen. Es sind dies private Vereine die unter staatlicher Aufsicht stehen. Die Kesselheizer gehören diesen Vereinen als Mitglieder an; sie bilden den Vorstand der Vereine und erwosten diese selbständig. Diese Vereine haben Ingenieure angestellt, die in gewissen Zeiträumen die Kessel der Mitglieder zu revidieren haben. Kessel, deren Besitzer nicht Mitglieder dieser Vereine sind, werden im staatlichen Auftrag ebenfalls von den Revisionsingenieuren revidiert. Diese Tätigkeit ist äußerst wichtig für die Sicherheit der Betriebe. Es werden bei der Auswahl dieser Ingenieure an ihr Wissen und Können große Anforderungen gestellt. Diese verantwortungsvolle Tätigkeit der Revisionsingenieure bringt es mit sich, daß die Anstellung als Revisor vom Handelsministerium bestätigt werden muß.

Auch bei diesem Elitkorps der deutschen Ingenieurenschaft will man abbauen. Bei fast allen bestehenden Vereinen in Preußen hat man durch die schändlichen Oberingenieure Revisionsingenieure entfernt. Diese Kündigungen werden sich bei der Durchführung dahin auswirken, daß der im Dienst verbleibende Teil der Ingenieure die Arbeit der zur Entlassung kommenden Ingenieure mit übernehmen muß. Dadurch werden die Revisionen der Kessel laien. Denn es ist undenkbar, daß ein Revisor, der heute täglich knapp gerechnet 300 Kessel revidieren muß, dann etwa 600 Kessel revidieren könnte. Und darin liegt die Gefährlichkeit dieses Beamtenabbaues.

soil. Irgendwelcher zeitgemäßer Ausbau ist hier abgelehnt. Noch interessanter ist die Ueberwachung der Baubetriebsstätten geregelt. Die Betriebsräte (Baubetriebsräte), die Baupolizei mit den Baukontrolleuren (also die Arbeiterkontrolleure), sollen als Organe der Berufsgenossenschaften zur Unterstützung der technischen Aufsichtsbeamten dienen. Diese Stellungnahme steht im offenen Widerspruch mit den ständigen Klagen dieser Berufsgenossenschaften über die immer mehr steigenden finanziellen Belastungen durch Renten und Verwaltungskosten, die doch nur als eine Folge der Unfallgefahren und der Unfälle im Bauwesen zu betrachten sind. Wie aus den letzten amtlichen Jahressummen für 1921 zu ersehen, haben die Bauberufsgenossenschaften wieder eine Zunahme der Unfälle aufzuweisen. Insgesamt sind

52 672 (54,73) gemeldete Unfälle

angegeben, wovon 7 493 (7,79) mit 968 (1,01) Tötlichverletzungen entsehädigt werden müssen. Die in Klammern gefetzten Zahlen zeigen das Verhältnis zu je 1000 Bauarbeitern. Für 1920 ergaben sich demgegenüber 45,32, 7,56 und 0,76 als Verhältniszahlen. Diese Zunahme der Unfälle im Jahre 1921 erhöht die Belastung und wirkt wirtschaftlich betrachtet unproduktiv. — Nach dem Inhalt des Entwurfs „Muster-Verordnung“ hat sich das Reichsarbeitsministerium die Forderungen der Berufsgenossenschaften nicht zweigeln gemacht. Im übrigen aber wäre auch interessant zu wissen, wie sich die „Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung“ zu dem berufsgenossenschaftlichen Entwurf stellt. Diese Arbeitsgemeinschaft hat doch auf diesem Gebiet die Aufgabe: Konflikte und Differenzen zu verhindern?

Wie schon vordem von ministerieller Seite zum Ausdruck gebracht wurde, wollte man sich in der Muster-Verordnung auf allgemeine Richtlinien beschränken und das übrige den Landeszentralbehörden überlassen. Daselbe wird auch im weiteren in der beigefügten Begründung gesagt. Wenn das Ministerium diesen Standpunkt schon im Jahre 1919 befestigt hätte, dann wäre jetzt viel leichter eine Verständigung zu erzielen, und der Inhalt des Entwurfs würde sich auch mehr dem Stande der Entwicklung angepaßt haben, was bedauerlicherweise jetzt nicht der Fall ist. Das, was jetzt der Entwurf bietet, ist im Laufe der Jahre durch die technischen und sonstigen Bestimmungen der Landesregierungen nicht unberührt geblieben. Dieser Erfolg der Bauarbeiter darf doch auf keinen Fall durch eine Reichsverordnung aufgehoben werden. Nach der Aufhebung der Reichsregierung und der Arbeiterkraft soll diese Verordnung die Richtlinien zu dem gewerblichen Mindestschutz bei Bauten in einem erweiterten und fortgeschrittenen Sinne festlegen. Um das zu erreichen, ist unbedingt erforderlich: Das Grundzüge der Schutzvorschriften des Verordnungsentwurfs des Gewerkschaftsbundes in dem ministeriellen Entwurf aufzunehmen, Unterlassungen einzufügen und Vorschriften rückständiger Art zu ändern. Hier sei deshalb auf einige wichtige Fragen hingewiesen.

Als eine grundsätzliche Schutzmaßnahme von Tragweite wird zur Bauausführung die Erweiterung der Verantwortlichkeit der Bauherren angesehen werden müssen. Schon bei der Vergabe der auszuführenden Arbeiten ist der Bauherr zu verpflichten, von den Unternehmern eine gewissenhafte Ausführung der Gerüste und der Schutzeinrichtungen

durch gelernte und geschulte Gerüstbauer zu verlangen. Die Kosten für diese Arbeiten müssen von dem Bauherrn getragen werden. Diese Pflichten des Bauherrn sind in der baupolizeilichen Genehmigung des Bauprojektes mitaufzunehmen. Weiter ist das Verbot des Ueberdiehandmauerns bei Gebäuden von mehr als 4 Metern Höhe bis zum Dachgesims und damit die Forderung auszusprechen, daß der Bau oder des Hochbauwerks an seinen äußeren Seiten berüstet werden muß. Im Zusammenhang damit und durch die Vorschriften gegen die Absturzgefahr ist die Grundlage zu einem Schutz der bei Dacharbeiten Beschäftigten gegeben. Ferner ist darin das strikte Verbot der Anwendung des offenen Koksfeuers (Koksfarb) zum Erwärmen oder Trocknen der Bauräume festzusetzen; ebenso muß die Dichtung der Herbst- und Winterbauten nicht nur vom 1. November, sondern beginnend vom 1. Oktober und dauernd bis zum 1. April einen bestimmten Ausdruck erhalten.

Ueber die Eisen- und Betonbauweise wird auch mehr zu sagen sein. Diese Bauweisen werden wie der Tiefbau mit den Schutzvorschriften in Einzelteilen getrennt behandelt werden müssen. Auch die einseitige Bestimmung über Unterkunftsräume, wonach zu deren Errichtung „mindestens mehr als zehn Personen (also elf) eine Woche lang bei der Baustätte gleichzeitig beschäftigt werden müssen“, steht im Widerspruch mit jedem wahren Arbeiterschutz. — Ueber auch unter „Ueberwachung“ befindet sich eine Bestimmung als Richtlinie, worin es sonderbar heißt: „Den Bauaufsichtsbehörden sind nach Bedarf Bauaufseher aus den Kreisen der Bauarbeiten beizugeben usw.“. Um diese Richtlinien den Vertretern der Bauarbeiter annehmbar erscheinen zu lassen, werden sich unbedingt eine Zahl von Änderungen im fortgeschrittenen Sinne notwendig machen. Vor allem wird bei dieser Stellungnahme zu bedenken sein, daß die Muster-Verordnung für das folgende Jahrzehnt die Grundlage für die weitere Entwicklung des Schutzes der Arbeiter bei Bauten sein wird.

Die Vereinsvorstände haben schlenkerhaft zum großen Teil als Laiken die Kündigungen beschlossen. Es wäre aber zu erwarten gewesen, daß die leitenden Oberingenieure der Vereine und auch der Zentralverband der preussischen Dampfesselüberwachungsvereine, die doch die Tragweite dieser Kündigungen ganz anders übersehen müssen, sich entschieden dagegen gewandt und gewahrt hätten. Zu diesen Kesselrevisoren der Ingenieure kommen aber auch noch Nebenarbeiten, wie Verdampfungsvorläufe, Indizierungen, Prüfungen von Autos, Motoren, Fahrstühlen, Abtrittanlagen u. dgl. Gemäß, die Vereine lassen die Kessel der Mitglieder in kürzeren Fristen revidieren als das Gesetz selbst sie vorschreibt. Aber das will nichts sagen. Die Revisionsingenieure und auch die Heizer wissen am besten, wie das Kesselmaterial heute beschaffen ist. In den Kriegsjahren ist so manche tüchtige Reparatur unterlassen oder nicht so ausgeführt worden, wie sie mußte. Besonders in den ländlichen Betrieben bleibt in dieser Hinsicht viel zu wünschen übrig. Um hier Katastrophen wie Kesselexplosionen zu verhindern, sind nicht vermindert, sondern vermehrte Revisionen am Platze. Deshalb erheben wir als Berufsorganisation gegen die beschleunigten Entlassungen der Revisionsingenieure unsere warnende Stimme und den schärfsten Protest. Es sind in erster Linie unsere Berufskollegen, die unter diesem „Beamtenabbau“ zu leiden hätten. Das Kesselpersonal ist für die ordnungsgemäße Wartung und Bedienung der Kesselanlagen gesehlich verantwortlich. Bei etwaigen Unglücksfällen schließt das Kesselpersonal Gesundheit, Leib und Leben in die Schanze. Der Kesselrevisor ist der einzige Fachmann, an den er sich mit seinen Beobachtungen über Vorgänge an den Kesseln wenden und wenden muß.

Die Folgen des Abbaues der Revisoren können unheimlich sein. Es gibt Kesselbesitzer, die erklären: „Die Kesselrevision ist überhaupt

überflüssig und zu teuer. Was schadet es, wenn auch mal ein paar Menschen verunglücken, dann passen nachher die anderen um so besser auf.“ Oder wenn ein Kesselbesitzer sagt: „Die kostspielige Revisionsleistung bitte ich baldmöglichst einzustellen und mich mit den Rechnungen zu versehen.“ Diese Äußerungen von Kesselbesitzern, die durch die Vereinsvorstände die Kündigungen beschließen, beweisen die gefährliche Verstandlosigkeit für die so überaus wichtige Tätigkeit der Revisionsingenieure. Der Handelsminister hat erfreulicherweise durch verschiedene Erlasse schon eingegriffen. Es wird erwartet werden, daß das Handelsministerium bei weiterem Widerstand mit starker Hand eingreift und den Entlassungen der Ingenieure die Genehmigung als oberste Aufsichtsbehörde versagt, wenn es nicht eine große Verantwortung auf sich nehmen will.

## Angestelltenentwurf der Berliner Metallindustrie.

Die vom Reichsarbeitsministerium zum 28. Dezember eröffneten Verhandlungen über unseren Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des am 18. Dezember gefaßten, vom B.V.M.F. abgeleiteten Schiedspruches endeten mit einem vom Vertreter des Reichsarbeitsministeriums gemachten Vergleichsvorschlag auf folgender Basis:

Das Gehalt für die Gruppe K1/0 Jahre wird auf 75 M. festgelegt unter Beibehaltung der Relation, die den Vorschlägen des B.V.M.F. entspricht. Es würden sich demnach folgende Gehaltsätze ergeben: K1/0 Jahre 75 M.; K4/5 Jahre 214 M.; T1B/0 Jahre 75 M.; T4B/5 Jahre 225 M.; T1Bt/0 Jahre 118 M.; T4Bt/5 Jahre 235 M.; M1/0 Jahre 172 M.; M1/5 Jahre 225 M.; M1/10 Jahre 242 M.

Wir haben uns bereit erklärt, diesen Vorschlag einer Funktionärversammlung am 4. Januar zu unterbreiten. Der G.E.V. übernahm dieselbe Verpflichtung, während der Gedag glaubte, diesen Vorschlag ablehnen zu müssen. Die Parteien haben bis zum 5. Januar 1924 dem B.V.M.F. die Annahme oder Ablehnung dieses Vorschlages zu erklären.

Am Mittwoch, den 2. Januar, finden Verhandlungen über die erste Januar-Alomozahlung statt.

A. F. A. Metallarbeiter. G. Müller. Kaiser. Nothe.

## Betriebsratswahlen in der Reichsdruckerei

Die Direktion der Reichsdruckerei hatte das am Streit beteiligte Personal fristlos entlassen und nach Beendigung des Streiks die Entlassenen wieder neu eingestellt. Dadurch ist eine Neuwahl des Arbeiterrats notwendig geworden. Die Neuwahl ist gestern, am 28. Dezember, erfolgt und hatte folgendes Resultat:

Von 7074 eingeschriebenen Wählern übten 5755 ihr Wahlrecht aus, das sind 81 Proz. Es haben Stimmen erhalten die Liste 1 der freien Gewerkschaften 2034 Stimmen und damit 12 Sitze im Arbeiterrat. Die Liste 2 der christlichen Gewerkschaften hat 706 Stimmen und damit drei Mandate im Arbeiterrat erhalten. Die Liste 3, die sogenannte Oppositionsliste der Gewerkschaften, d. h. die verarbeitete Liste der A.P.D., erhielt 1637 Stimmen oder sieben Sitze im Arbeiterrat. Ein Vergleich mit der Wahl im August d. A. läßt sich leider nicht ziehen, da einmal im August nur eine freigewerkschaftliche Liste der christlichen gegenüber stand, zum anderen aber auch deshalb nicht, weil nach Beendigung des Streiks ein großer Teil des Personals nicht wieder eingestellt wurde.

## „Ein schlechter Trost“.

Zu der kritischen Betrachtung einer Veröffentlichung des Reichsverkehrsministeriums durch WTB in Nr. 601 des „Vorwärts“ wird uns mitgeteilt, daß die betreffende Notiz auf die Anregung des Bezirksbeamtenrats der Eisenbahndirektion Erfurt bei dem Hauptbeamtenrat des Reichsverkehrsministeriums zurückzuführen ist. Der Bitte des Hauptbeamtenrats, durch eine Notiz in der Presse darauf hinzuwirken, daß aus den bekannten Gründen im Reichsinteresse zahlreiche Beamte entlassen werden müssen, obwohl sie ihre Pflicht voll und ganz getan haben“, sei durch die WTB-Veröffentlichung entsprochen worden.

Dagegen ist an sich gemäß nichts einzumenden. Wogegen wir uns wandten, war die Form, in der diese Notiz abgefaßt ist, genauer, die Einschränkung, die dabei beliebt wurde durch das „auch“. Der erste Satz heißt so, daß außer allen den anderen auch solche Beamte, Angestellte und Arbeiter durch die Ueberordnung betroffen wurden, deren Leistungen durchaus befriedigten. Ohne das zweideutige „auch“ wäre allen abgegangenen Beamten, Angestellten und Arbeitern bei der Reichsbahn das Zeugnis ausgestellt worden, daß ihre Leistungen durchaus befriedigten, ohne daß damit für jeden einzelnen eine unbedingte Empfehlung erfolgte. Damit wäre dem Wunsch des Hauptbeamtenrats gedient worden. In dem die Pressestelle des Reichsverkehrsministeriums in ihrer Fassung der Notiz durchblicken läßt — ob gewollt oder ungewollt —, daß mit den Beamten usw., deren Leistungen nicht befriedigten, auch solche betroffen wurden, deren Leistungen befriedigten, war die Pflicht des Hauptbeamtenrats klarlosig gemacht. Der Zuschrift der Pressestelle des Reichsverkehrsministeriums entnehmen wir dem Sinne nach, daß dies nicht der Zweck ihrer WTB-Notiz war. Will sie nicht mißverstanden werden, muß sie sich in Zukunft deutlicher bzw. unmissverständlicher ausdrücken.

## Zur Arbeitszeit im Ruhrbergbau.

Bochum, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem am 29. November in Berlin eine Vereinbarung über die Ueberarbeit der unter Tage und an der Förderung beteiligten Bergarbeiter erfolgt, fanden weitere Verhandlungen über die leistende Ueberarbeit für die Ueberarbeiteten statt, die gleichfalls zu der Vereinbarung führten, daß die Regelung über die Arbeitszeit der Arbeiter in den durchgehenden Betrieben einer besonderen paritätischen Kommission übergeben wurde. Diese paritätische Kommission hat am Donnerstag und Freitag dieser Woche getagt. Zu einer Vereinbarung ist es bei diesen Verhandlungen nicht gekommen, so daß aller Voraussicht nach ein Schiedsgericht angerufen wird.

Auch die Tarifverhandlungen der Bergbauangestellten haben zu keinem Ergebnis geführt. Der Zechenverband fand sich in den Verhandlungen am 27. Dezember in Bochum nicht bereit, über das am 18. Dezember gemachte vollkommen unzulängliche Angebot hinauszugehen. Die Verhandlungen sind darauf abgelehnt. Am 3. Januar soll unter dem Vorsitz des Reichskommissars Reichlich ein Schiedspruch gefaßt werden.

B.V.M.F.-Beitragel heute nachmittags 5 Uhr Sitzung der Vorständen der Arbeiter- und Betriebsräte im Sitzungssaal des D.R.V. Altonaer Str. 83/85. Zutritt haben nur bei Vertretung des Auswärtigen diejenigen Deputierte, die in den dem B.V.M.F. angehörenden Betrieben beschäftigt sind.

Wichtig! B.V.M.F.-Beitragel, Bezirk Norden, Thonau, Sonntag, nachmittags 10 Uhr, bei Schiedsrichtern, Einmündigen Str. 10, wichtigste Zusammenkunft aller im Norden wohnenden B.V.M.F.-Beitragel, Paritätische Legitimiert. Der Betriebsrat.

Wichtig! Gewerkschaftliche Aktion! Am Sonntag, den 28. Dezember, nachmittags 10 Uhr, im Gewerkschaftssaal, Sonntag, 4. Mittelstraße, 10. U. U. Wichtigste Zusammenkunft. Zahlreiches Erscheinen erwartet der Ortsverband, ca. Otto Grotz.

Führung, Anwesenheit! Wert! Kameraden! Zu der Paritätischen Konferenz am Freitag, den 4. Januar, ebenfalls 7 Uhr, im Gewerkschaftssaal, Sonntag, 4. Mittelstraße, im Gewerkschaftssaal, Sonntag, 4. Mittelstraße, am 8. Januar 1924 sind in allen Werken Paritätischen Komitees abzuhalten mit der Tagesordnung: Stellungnahme zur gegenständlichen Lohnrevision. Der Betriebsrat.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Peter Selzer; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Revisionen: Dr. John Schickel; Polizei und Conflicte: Fritz Kersch; Paritätische: Dr. Müller; Familien in Berlin: Berlin: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag und Verlagsgesellschaft Carl Ziemer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 7, Straße 1, Postfach.

# Goldtarife der Berliner Städtischen Werke.

## Eine Klarlegung.

Mit Anfang des neuen Jahres werden die Tarife der Berliner Städtischen Werke auf Goldbasis umgestellt. Angesichts dieser wichtigen Neuerung ist es am Platze, sich mit den Grundlagen des Tarifwesens einmal etwas näher zu befassen.

### Was ist ein richtiger Tarif?

Richtige Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität zu bilden ist eine der schwierigsten Aufgaben in der Wirtschaft der Unternehmungen. Auch bei der Post, der Eisenbahn, bei Hafenanlagen usw. findet sich das gleiche Problem der Tarifbildung. In der einfachen Zahl, die den Gas-, oder den Elektrizitätspreis ausdrückt, ist eine Fülle wirtschaftlicher Überlegungen zusammengefaßt. Ein Tarif ist unter allen Umständen ein Kompromiß. Es sind hauptsächlich drei Gesichtspunkte für die Preisfestsetzung maßgebend: ein richtiger Tarif muß die Erzeugungseffektivität decken, er muß einen angemessenen Uberschuß als Reingewinn liefern und er muß auf die Interessen der Abnehmer Rücksicht nehmen. Die Deckung der Selbstkosten ist die erste, nirgends bestrittene Forderung. Die Selbstkosten setzen sich in der Hauptsache zusammen aus den Personalausgaben, dem Materialaufwand, dem Kapitaldienst und den allgemeinen Verwaltungskosten. Die Personalausgaben umfassen die Gehälter, Löhne und Pensionen der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Die Materialkosten setzen sich zusammen aus den Ausgaben für Brennstoff (Kohlen), Schmieröl, Dichtungsmittel und Packungsmaterial, Ersatzteile, Reparaturen usw. Der Kapitaldienst besteht in der Verzinsung und Tilgung der aufgenommenen Anleihen und schwebenden Schulden. Die allgemeinen Verwaltungskosten werden durch die Ausgaben für Schreibmaterialien, Druckkosten, Post, Telefon, Versicherungen aller Art und dergleichen verursacht.

### Der Erneuerungsfonds.

Ein besonderes Kapitel der Betriebsausgaben, d. h. der Selbstkosten, sind die Rücklagen in den Erneuerungsfonds. Ein solcher Fonds muß bei jedem richtig bewirtschafteten Unternehmen angelegt werden. Aus ihm sind die Gelder für die Wiederherstellung abgenutzter Anlagegegenstände zu entnehmen sowie für den Ersatz von Anlagegegenständen, die vorzeitig durch Defekte (Maschinenbruch und dergleichen) zerstört werden. Es handelt sich hier nicht um Gewinnaufschlag, die private Unternehmungen in Zeiten guten Geschäftsganges aufnehmen, um aus ihnen eventuelle Verluste späterer ungünstiger Zeiten zu decken, sondern um den Erneuerungsfonds, der wirtschaftlich dadurch begründet ist, daß alle Anlagegegenstände sich im Betriebe mehr oder weniger schnell abnutzen und daß sie manchmal durch Unfälle, Unachtsamkeit und dergleichen untergehen, noch ehe sie ihre natürliche Altersgrenze erreicht haben. Es ist ein weitverbreiteter, aber trotzdem solcher Sprachgebrauch, die Rücklagen in den Erneuerungsfonds als einen Teil der Bruttoüberschüsse zu bezeichnen. Es handelt sich hier nicht um Uberschüsse, sondern um Ausgaben. Die Dotierung des Erneuerungsfonds ist genau so ein Teil der Betriebsausgaben wie z. B. die Deckung der Kohlenkosten. Denn es macht beim Materialverbrauch grundsätzlich keinen Unterschied, ob die Kohlen durch Verfeuerung sofort verschwinden oder ob ein Dampfessel im Laufe von 10 oder 20 Jahren abgenutzt wird. Nur ist derselbe Vorgang bei der Kohle viel sinnvoller, weil hier der Verbrauch und die Notwendigkeit des Ersatzes sofort eintritt, während bei dem Dampfessel die Abnutzung nur ganz langsam vor sich geht, so daß die Notwendigkeit des Ersatzes hier erst nach Jahren eintritt. Hält man sich diesen Zusammenhang vor Augen, so wird man keinen Tarif als richtig bezeichnen können, der nicht einen Anteil an den Erneuerungsrücklagen enthält. Die Unterlassung der Erneuerungsrücklagen, wie sie während des Krieges und nach dem Kriege bei vielen kommunalen Unternehmungen in Deutschland üblich geworden ist, bedeutet Raubbau an den Werken, d. h. eine nicht zu rechtfertigende Aufzehrung der wirtschaftlichen Substanz.

Während die Deckung der Selbstkosten einschließlich der Erneuerungsrücklage bei der Tarifbestimmung eine klare und unbestreitbare Notwendigkeit ist, liegen die Dinge viel komplizierter bei der zweiten oben aufgestellten Forderung, daß die Tarife auch einen Uberschuß enthalten sollen, der an die Stadtkasse abzuführen ist. Ein solcher Uberschuß, aus einem kommunalen Unternehmen erzielt, stellt, vom sozialistischen Standpunkte aus betrachtet, eine indirekte Besteuerung dar. Ob Gas, Wasser und Elektrizität mit einer indirekten Steuer zu belegen seien, ist ein allgemein finanzielles Problem, das

streng genommen außerhalb des Rahmens der Betriebswirtschaft liegt. Die Frage kann nicht einfach definitiv gelöst werden, sondern nur im Zusammenhang mit der Gesamtlage der städtischen Finanzen, d. h. der kommunalen Einnahmen auf der einen Seite und der auf der Stadt ruhenden Verbindlichkeiten andererseits. Die grundsätzliche Gegnerhaltung gegen indirekte Steuern darf unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht so weit getrieben werden, daß dadurch das finanzielle Leben der Gemeinde gefährdet wird. Man darf nicht vergessen, daß eine Stadt wie Berlin wichtige Ausgaben kultureller Natur für Schulen, Krankenhäuser, Säuglingsfürsorge, Bäckereien usw. hat. Es ist unter dem gegenwärtigen Zustande der finanziellen Spannung unermesslich, daß auch die werdenden Unternehmungen wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sich durch Uberschüsse an der Deckung dieser Ausgaben beteiligen müssen.

### Die Rücksicht auf die Verbraucher.

Aber auch die Bestimmung der Tarife darf nicht ohne den Blick in die Zukunft ohne die Abnehmer gemacht werden. Es sind zwei Arten von Rücksichten auf die Konsumenten zu nehmen, erstens Rücksichten wirtschaftlicher Natur, zweitens solche sozialen Ursprungs. Zu hohe Preise schrecken die Abnehmer zurück, sie entweder ihren Verbrauch stark einschränken oder öfters abbrechen, indem sie z. B. von der Gasbeleuchtung zur Petroleumlampe übergehen. Großabnehmer, die bisher von den städtischen Elektrizitätswerken mit Strom versorgt wurden, beginnen eigene Erzeugungseinrichtungen aufzustellen, sobald die Strompreise eine gewisse Höhe überschreiten. Die Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Abnehmer und auf die Konkurrenz anderer Betriebsstoffe und -einrichtungen legt also den Tarifen eine obere Grenze. Auch die soziale Rücksicht auf die geringere Leistungsfähigkeit der unteren Klassen darf bei der Preisbestimmung nicht außer acht gelassen werden. Man hat angeregt, die Tarife der städtischen Unternehmungen nach dem Einkommen der Konsumenten einzuführen, oder dieser Vorschlag hat ohne Rücksicht auf die damit verbundenen erheblichen Nachteile bisher kaum Anwendung in der Praxis gefunden. — Da die Konsumenten nämlich auch Wähler sind, so bietet das Tarifwesen für öffentliche Maitation und für Demagogie einen sehr guten Boden. Die Sozialdemokratie, als die Partei der Volkswohlfahrt im besten Sinne des Wortes, muß sich von jeder ungeschicklichen Behandlung der Tariffrage fern halten. Die Demagogie wollen wir anderen überlassen. Die Interessen der Bevölkerung werden am besten wahrgenommen durch eine Tarifpolitik, die die Werke und die Stadt als Ganzes am Leben erhält, finanzielle und soziale Ziele nicht vernachlässigt, Kredite unter bestmöglicher Berücksichtigung aufzunehmen, sie können alle ihre Mittelien zu günstigen Bedingungen einlösen, und sind in der Lage, ihre Anlagen ständig zu erneuern und zu verbessern. Dadurch wird die Produktion der Unternehmungen tatsächlich auf eine höhere ökonomische Stufe gehoben und so die Voraussetzung für spätere wirtschaftlich gerechtfertigte Tarifermäßigungen geschaffen. Der Tarifpolitiker wird immer unbeliebt sein und es niemand recht machen, weil kein Mensch das Bestehen als eine Unmöglichkeit empfindet. Dies aber sollte den denkenden Teil der Bevölkerung nicht davon abhalten, sich an dem Fortschreiten einer wirtschaftlich richtigen und finanziell notwendigen Tarifgestaltung durchzusetzen.

Dr. Ing. W. Malerczik

Es wird unsere Leser interessieren, die Berliner Tarife mit denen anderer Städte zu vergleichen. Aus einer Uebersicht über etwa 140 deutsche Städte ergibt sich, daß Berlin mit seinen Tarifen an der unteren Grenze marschiert. Zurzeit kostet z. B. das Gas in Altona 25, Barmbeck 25, Hamburg 25, Augsburg 20, Bielefeld 20, Braunschweig 25, Rottbus 25, Gießen 20, Erfurt 22, Guben 20, Halle a. d. S. 20, Hannover 18, Harburg 25, Leipzig 20, Lierzig 25, Meadeburg 24, Mannheim 27, Paderborn 20, Sagan 25, Stendal 22, Steinhilber 20, Uelzen 25, Waidenburg 20, Wilhelmshagen 25, Wittenberg 26, Wismar a. M. 25, Frankfurt a. M. 23. Aus diesen Angaben geht hervor, daß zurzeit noch ein ziemliches Durcheinander in den Tarifen herrscht, das sich aus der noch ungelösten Wirtschaftslage zum größten Teil erklären dürfte. Eine Reihe von Städten hat die Absicht, im Januar ihre Tarife zu erniedrigen; so wird Köln von 28 auf 24, Frankfurt a. M. von 23 auf 21, Hamburg von 25 auf 23

herabgehen. Wir hoffen, daß es den Berliner Gaswerten möglich sein wird, ihre Absicht, den Tarif im Laufe des Januar von 21 auf 18 Pfennige herabzusetzen, durchzuführen. Nach Einführung der Goldtarife bedeutet jeder Pfennig eine wesentliche Erleichterung für den Haushalt. Es versteht sich von selbst, daß die städtischen Werke alles tun müssen, um im Rahmen ihrer Selbsterhaltung den Tarif so niedrig zu gestalten, als es verantwortet werden kann.

### Schneestörungen überall.

Die heftigen Schneefälle, die gestern nachmittag über Berlin einsetzten und bis in den Abend hinein währten, brachten im Verkehr zunächst nur kleinere Störungen hervor, die bald behoben werden konnten. Besonders die Straßenbahn konnte gestern abend nur noch vereinzelt verkehren. Falls die Schneefälle sich über Nacht fortsetzen, dürfte heute mit erheblich größeren Störungen im Gesamtverkehr zu rechnen sein. — Ueber Störungen im Reich und den Alpenländern liegen folgende Meldungen vor:

Aus Koblenz wird gemeldet, daß infolge eines starken Schneesturmes der Verkehr im Westerwald fast völlig stillgelegt ist. Auf der Eisenbahnstrecke Remscheid nach Westerbahn wurde am Dienstag ein Personenzug durch eine große Schneelawine stillgelegt. Mehrere Wagen entgleisten. Personen sind jedoch nicht zu Schaden gekommen.

Nach einer Meldung aus Frankfurt a. M. hat der anhaltende Schneefall der letzten Tage, der gestern wieder reichlich einsetzte, eine ganze Reihe von Störungen und Störungen im Nah- und Fernverkehr hervorgerufen. Der Straßenbahnverkehr nach den Vororten mußte infolge von Schneeverwehungen teilweise eingestellt werden. Im Eisenbahnverkehr erlitten die Bielefelder Verspätungen. Die Telegraphenleitungen sind teilweise gelöst, besonders ist die Strecke Frankfurt-Berlin fast in Mitleidenschaft gezogen.

Ein Dugend Bergbahnen bei Martinsberg (Kanton Wallis) wurden von einer Staublawine fortgerissen. Es befanden sich in keiner Person, so daß nur Sachschaden zu beklagen ist. Die Schneedecke erreicht in dieser Gegend eine Höhe von 2,5 bis 3 Metern. — Aus verschiedenen Gebirgsgegenden der Schweiz treffen weitere Nachrichten über den Niedriggang von Lawinen ein. Mehrere Ortshäuser der Kantone Glarus und Graubünden sind von der Föhnwind abgeschnitten. Der Sachschaden ist erheblich. In Weiskirchen im Kanton St. Gallen wurde ein Gehöft zerstört, wobei ein Gletsch getötet und ein Kind verletzt wurde.

Ununterbrochene Schneefälle verursachten überall in Bayern Verkehrsstörungen. Die Flüsse haben große Verspätungen.

### Unveränderte Mietzuschläge für Januar.

Der städtische Wohnungsausschuß hat beschlossen, die Mietzuschläge für den Monat Januar in derselben Höhe wie für Dezember festzusetzen. Ein Antrag des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine, die Mietzuschläge im Januar neu zu regeln, wurde abgelehnt.

### Händlermoral!

#### Warum die Fleischpreise stiegen!

Von den Viehhändlern und Kommissionären ist in letzter Zeit über die Tätigkeit der Viehpolizei auf dem Viehhof sehr viel Klage geführt worden. Sie behaupten, daß die Polizei den freien Handel beeinträchtigt und man verweigert sich sogar zu der Drohung, daß überhaupt keine Viehmärkte mehr abgehalten werden würden, wenn die Polizei ständig den Markt überwache.

Um so interessanter sind die Feststellungen, die jetzt von maßgebender Stelle gemacht worden sind und die ein recht eigentümliches Licht auf die Bestrebungen gewisser Händler werfen, die Preise zu „senken“. Schon seit einiger Zeit war es aufgefallen, daß, wenn einmal ein Markt besonders guten Auftrieb zeigte, am nächsten Markttage fast gar kein Angebot an Lebendvieh vorlag. Die Feststellungen der zuständigen Behörden haben nun aber ergeben, daß Viehhändler in unerantwortlicher Weise Kinder, Schweine und Lämmer zurückgehalten haben. Beispielsweise sind am 22. Dezember, dem Markt, an welchem die Preise bis über 60 Prozent in die Höhe gingen, über 100 Waggons Vieh zurückgehalten worden. Die Tiere sollten auf dem Viehhof entladen werden, doch wurden die Waggons durch Telegramme kurz vor Berlin angehalten und umdirigiert. Ein Teil der Waggons wurde nach Hamburg, ein Teil nach Bremen und weitere Waggons

Copyright Georg Müller, München.

## Die Lofotfischer.

Roman von Johan Bojer.

Da fragte Jakob, ob er ihm hundert Taler leihen dürfe. Kaneles schüttelte den Kopf. Er hatte schon Schulden genug.

„Willst du das Geld als kleines Geschenk haben?“ Kaneles schüttelte wieder den Kopf. Betteln wollte er so lange wie möglich vermeiden. Er zog die dunklen Augenbrauen hoch und seine Augen blinzelten.

Da schlug Jakob auf den Tisch, daß die Tassen tanzten. „Du bist doch ein Teufelsjunge. Glaubst du, ich bin nicht mächtig genug, deinen ganzen Lausche zu kaufen und dir noch hundert Taler draufzahlen? He? Denkst du, ich bin ein armer Schinder! He! Hast du fünf Boote mit voller Ausrüstung? Wieviel Bargeld hast du bei dir? Du Lauschejunge! He! Aber ich glaube, es ist heute abend ganz unmöglich, einen Schilling loszuwerden.“

Sie maulten eine Weile und waren feindselig geworden und rauchten und blickten starr vor sich hin, aber da wendete Jakob sich wieder zu dem anderen und war wieder freundlich. Heute abend mußte er nett sein. Hehe! Aber er hatte sich nun einmal in den Kopf gesetzt, an Kaneles wie ein Vater zu handeln und ihm auf die Beine zu helfen, so daß er heiraten und die Häuser strecken und seinen Acker bebauen konnte. Darum fing er es jetzt ganz vorsichtig an — denn sonst riskierte er, einen Faustschlag ins Gesicht zu bekommen, und fragte, ob Kaneles nicht doch für ihn habe, wenn die Zeit komme, da er nicht mehr auf See fahren könne. Eine kleine Dachkammer oder so etwas. So groß wie eine Schiffskabine. Das sei ja mehr als gut genug. Hehe!

„Jawohl,“ sagte Kaneles. Das könne er versprechen. Das würde sich schon machen lassen.

„Ja, aber die Miete?“

„Keine Miete. Reden wir nicht davon. Kommt Zeit, kommt Rat.“

Aber nun wollte Jakob diese Sache gleich auf der Stelle abschließen. Er wollte die Miete jetzt gleich bezahlen, solange er dazu imstande war. Wer wußte, ob er Geld hatte, wenn

die Zeit kam. Bezahlt ist bezahlt, das ist ersparter Reichtum, dann weiß er, daß er nicht obdachlos ist. „Hier sind fünf-hundert Kronen, und nimmst du sie nicht, so bist du ein Narr und ein Dummkopf, und der Teufel soll dich holen.“

Das Geld wurde hervorgeholt. — Kaneles sah die Scheine an und dachte an den Hof, an den alten Vater mit dem weißen Haar. Neue Zeiten auf Gomon. Er nahm das Geld und steckte es in die Brusttasche. „Du, Jakob, du, Jakob!“ Kaneles hatte heute abend auf den Bummel gehen wollen, aber jetzt ging das nicht an, jetzt kamen auch für ihn andere Zeiten.

Und während sie hier saßen, kommt ein Trupp Seeleute herein, das sind die Führer der vier Boote, die Jakob gekauft hat, ehe der große Fang im Fjord seinen Anfang nahm.

„Da ist ja der König!“ sagte einer von ihnen. „Die Juden wir, Jakob! Du willst wohl einen Schnaps haben?“

Jakob lachte und schüttelte den Kopf. Er wollte keinen Schnaps haben. Aber er wußte, was die Männer wollten. Und als sie sich jetzt bei ihm am Tisch niederließen und von allem möglichem zu schwätzen begannen, da lachte er wieder. Bildeten sie sich ein, daß er sie nicht durchschaute? Erst wollten sie ihn betrunken machen und dann die Boote für ein Butterbrot zurückkaufen. Ja, ja, der Jakob ist gerade so ein Dummkopf wie ihr glaubt. Versucht es doch, ihr werdet schon sehen.

Und ehe er sich's versah, kamen sie zur Sache. Sie wollten hören, ob er es nicht richtig finde, daß sie die Boote und die Gerätschaften zurückkaufen. Dieser ganze Handel sei doch eigentlich nur ein Spaß gewesen. Ob sie darüber jetzt nicht mit ihm reden könnten.

Gewiß, — reden konnten sie ja immerhin darüber. Und der Preis? Der Preis mußte wohl derselbe sein, den er gezahlt hatte?

Gewiß, das fand Jakob auch. Ueber den Preis waren sie also einig.

Aber nun das Geld. Das mußte ihnen gestundet werden. Die paar Schillinge, die sie in keinem Sold verdient hatten, die hatten sie schon nach Hause geschickt.

Jakob lachte wieder. Diese Männer hatten sich wohl vorher verabredet. Aber er war nicht abgeneigt. Gewiß konnte ihnen die Bezahlung gestundet werden.

Er mußte ganz genau, daß er von diesen Männern nie

einen Schilling zu sehen bekommen werde. Aber er machte eine wegwerfende Handbewegung. War er ein mächtiger Mann oder war er es nicht? Der Pfahlsänger würde so etwas nie getan haben, aber hier hatte man es mit Jakob zu tun.

Als er am Abend nach Hause segelte, war er völlig müde. Es war wieder Neumond, und auf den Klippen standen dicht an dicht die Gesteine, auf denen die Fische hingen.

Beirinken, — er, Jakob? Nein, aber er war in Erregung. Der Reichtum begann zusammenzuwuchern, doch was tat das? Bier Boote weniger, was tat das? Hatte er nicht immer noch die „Meerblume“, und war er nicht an ganzen Leibe mit Geldscheinen gepöstert? Hier Boote verschrenkt, eine Kammer oben in Gomon gemietet und bezahlt, ein kleines Vermögen an die Wiffson gegeben, ja, das hieß wirklich ein mächtiger Mann sein! O du Maria — aho!

29.

Und jetzt kam das Unwetter. Die gewöhnlich lag der Schwarm der Boote draußen auf den Fischbänken und holte Schnüre und Netze ein, es war dichter Nebel und matte Dämmerung. „Heute ist gut fischen,“ rief Per Suzanka zur „Kobbe“ hinüber. Das fand auch Kristaver. Die Netze waren pölig von abelau, heute würden wohl tausend Fische ins Boot kommen, wenn es so weiterging.

„Es ist so still in der Luft,“ rief ein Nordländer und begann sich umzuwenden. Es gibt eine Stille, die den Fischer aufhorchen läßt, und wenn ein Bootsführer so eine Bewegung mit dem Kopf macht, dann verplaza die sich auf andere Boote weiter. Jetzt war es, als spähten alle Bootsführer über Himmel und Berge hin. Im Nebel ist jeder Laut vernehmlich, und jetzt lehte sich dieser zerfetzte, frühe Meeresnebel in Bewegung, er treibt nach Südosten, das bedeutet Sturm, hört nur! Ist das nicht schon ein seltsames Dröhnen? „Wir bekommen Besuch!“ rief ein Nordländer und zog an den Netzen, um fertigzuwerden. Heh! hieß es an Bord kommen.

„Eist euch, Leute!“ rief Per Suzanka. Und in allen Booten kam Leben in die Leute. Sie zogen und holten an, aus Leibsträften, um fertigzuwerden, sie konnten dies Dröhnen, das immer gewaltiger wurde, und die gleiche Beschäftigkeit, die gleiche Angst pflanzte sich Weile für Weile über das Meer fort. Fertigwerden, es kommt ein Unwetter.

(Fortsetzung folgt.)

